Jahrgang XIII Nr. 3

1. Februarheft 1933
Einzelverkaufspreis: 30 Rpf.

Der Heimatdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge, mit Ausnahme der graphischen Darstellungen und sonstigen Abbildungen, mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Deutschland vor zehn Jahren / Unabhängigkeit durch Ernährung aus eigener Scholle / Auftakt zur Weltwirtschaftskonferenz, von Dr. Oscar Wingen / Die historische und politische Bedeutung Ost- und Westpreußens in Vergangenheit und Gegenwart, von Hans Rothfels / Der Vollstreckungsschutz / Deutscher Bergwinter, von Dr. Ernst Ewald Bayer / Richard Wagner der Deutsche, von Professor Dr. Wolfgang Golther-Rostock / Zur Zeitgeschichte.

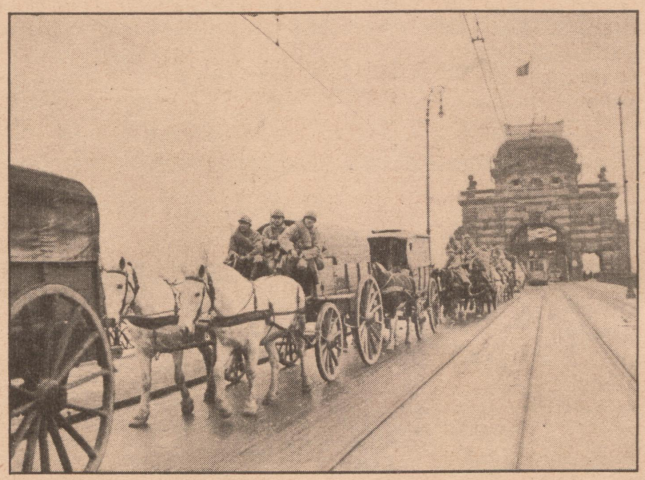
In Kommission:
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Halbjährlich 3,25 Mark / Jährlich 6,50 Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Winter in den deutschen Bergen

Deutschland vor zehn Jahren

In dem schweren deutschen Jahre 1933 gedenken wir des deutschen Nationalschicksals vor einem Jahrzehnt; denn die Zeit, als man Anno 1923 schrieb, steht in der neueren Geschichte unseres Vaterlandes fast beispiellos da. Wir müssen bis in den Dreißigjährigen Krieg zurückdenken, um ähnliche Gefahren für den inneren und äußeren Bestand der Lebenskraft und Einheit wiederzufinden. Man erinnert sich an eine traurige Vergangenheit nicht gern, wenn die Gegenwart des Betrachters auch umdüstert ist. Aber von der Warte der heutigen deutschen Not aus gesehen zeigt sich das Bild des Jahres 1923 weitaus bedrohlicher. Heute ist die wirtschaftliche Existenz vieler einzelner Volksglieder erschüttert, damals aber stand Deutschland schlechthin auf dem Spiel. Die Schnelligkeit der jüngsten zeitgenössischen Entwicklung läßt uns leicht vergessen, was wir schon selber öffentlich und privatim durchlebt und durchlitten haben. Die unglücklichen Vorgänge vor zehn Jahren nahmen ein so rasendes Tempo an, daß es einer anstrengenden Rückbesinnung bedarf, um den jähen Ablauf der dramatischen Ereignisse zu erfassen.



Die Franzosen im Ruhrgebiet
Heranziehung weiterer Truppen in das Zechengebiet. Französischer Train auf der Rheinbrücke zu Düsseldorf als Nachschub für Essen

Der Versailler Vertrag trat zwar schon im Januar 1920 in Kraft, aber erst drei Jahre später, Anfang 1923, begann er sich in seiner ganzen Schärfe, in seinen Gesamtfolgen auszuwirken. Bisher hatte man immer noch irgendwelche Zwischenlösungen gefunden, die Hauptprobleme waren vertagt worden. Die Verstümmelung der Grenzlande, die harten Forderungen, Drohungen und Überwachungen durch die Siegermächte hatten den Reichskörper in immer neue Krisen geworfen, aber die volle Wucht des Unheils von Versailles hatten wir noch nicht zu spüren bekommen. Die Katastrophen von 1923 brachten uns erst zum Bewußtsein, daß die Axt auf die Wurzeln des deutschen Daseins traf. Je mehr zeitlichen Abstand wir von der militärpolitischen Niederlage am Ende des Weltkrieges gewinnen, desto mehr verliert die unmittelbare Nachkriegszeit an Bedeutungsakzenten. Dafür heben sich die folgenden außenpolitischen Kampfjahre mit dem Höhepunkt von 1923 um so schärfer hervor. Die innere Neuordnung Deutschlands konnte nicht aus sich selber heraus die tatsächliche und rechtliche Sicherheit der deutschen Verhältnisse garantieren, sondern war mit der Zukunft des Reiches innerhalb der europäischen Staatengesellschaft aufs engste verbunden.



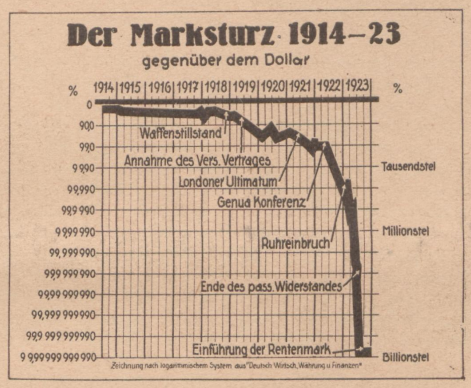
Die Besetzung von Essen
Ein Panzerautomobil passiert den Essener Hauptbahnhof

In dem deutschen Erdbeben von 1923 lassen sich denn auch die Stöße von außen und die Stöße von innen als geschichtliche Dynamik nicht unterscheiden. Tiefere Ursachen und aktuelle Anstöße, die wir vorher noch meist getrennt erlebten, fallen hier zusammen. Das große historische Geschehen des Jahres pflegen wir in dem Brennspiegel der Ruhrbesetzung zu erkennen und nachzufühlen. Aber der Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Herzland der deutschen Wirtschaft hatte ganz andere Folgen als nur die passive Abwehr einer Vertragsverletzung. Bis in die fernsten Winkel hinein wurde das Reich von einer Sturmwoge überzogen, die alle alten und neuen Einrichtungen, Ordnungsformen und Daseinsgrundlagen fortzuspülen drohte. Die Zerstörung des Geldwesens ging so weit, daß niemand mehr wußte, wie sich sein morgiger Tag gestalten würde. Die Aufstände, die hier und dort im Lande losbrachen, waren noch nicht einmal die bösesten Ausbrüche des Fiebers, sondern die unsichtbaren Kräfte des Chaos rasten oder schlichen mit einer viel unheimlicheren Gewalt. Die innere deutsche Situation zwischen September und November jenes Jahres ist nur deshalb nicht in ihrem ganzen erschreckenden Umfange in unsere Vorstellung eingegangen, weil das Eindrucksvermögen der menschlichen Nerven beschränkt ist, weil jeder über den örtlichen und persönlichen Sorgen den Blick auf das ganze Unglücksbild verlieren mußte.

Man charakterisiert die kritische Gesamtlage von damals vielleicht am besten durch einen Vergleich mit der heutigen. Was dabei zunächst ins Auge fällt, ist der machtpolitische Unterschied und damit die gänzlich andere Artung des staatlichen Führertums. Der beste nationale Aktivposten in der heutigen sozialökonomischen Krise ist die Autorität der obersten Reichsinstanzen, die wirklich über den schwankenden Tagesströmungen und Zwischenfällen zu stehen vermögen. Damals aber fehlte jede staatshoheitliche Zuverlässigkeit; jede neue Überraschung konnte das Gerüst der öffentlichen Ordnung umwerfen. Der Festigkeit der inneren Reichshoheit entspricht heute auch die Stabilität der Währung; der allgemeine Geldmangel ist gewiß drückend genug, aber nicht entfernt so verhängnisvoll wie jener Notstand der Geldlosigkeit inmitten des Taumels der Milliarden und Billionen.

Man hat die verwirrten, leidvollen Zeiten von 1923 den „Krieg im Frieden" genannt. Als Poincaré den Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet befahl, ging wohl ein Schrei der Entrüstung und ein geschlossener Wille zur Abwehr durch alle deutschen Lande. Aber die Weltmeinung verhielt sich neutral, unsere Hoffnung auf das Rechtsgewissen der Völker wurde enttäuscht. Wir fühlten, daß wir auf uns selber angewiesen waren. Diese Erfahrung sollte allerdings für uns heilsam werden, weil sie die natürliche Rückkehr zu der Einsicht barg, daß die Erfüllung unerfüllbarer Bedingungen auch als außenpolitische Taktik ein Widersinn war. Tat-

sächlich haben sich unsere ehemaligen Kriegsgegner auch erst zu halbwegs erträglichen Regelungen bereit gefunden, als sie einen zu jedem nationalen Opfer bereiten Widerstandswillen in Deutschland erwachen sahen. Ursprünglich wollten die Franzosen aus dem Ruhrlande nur „Sachwerte" holen kommen, sie erschienen in der Rolle des Gerichtsvollziehers und glaubten, die durch deutsche Arbeit geschaffenen Güter nur abrollen zu können. Doch die deutsche Arbeiterschaft weigerte sich, unter fremden Bajonetten Sklavendienste zu leisten. Damit begann jener größte Streik der Weltgeschichte, in dem sich Arbeiterschaft, Unternehmer und Behörden als Einheitsfront zusammenfanden. Schon nach wenigen Wochen hatten die Franzosen eine entscheidende Niederlage erlitten. Ihr Versuch, sich am deutschen Privatbesitz für politische Tributansprüche schadlos zu halten, war gescheitert.



Nun legte sich Frankreich auf die politische Eroberung Westdeutschlands. Der Zusammenhang zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Reichsteil ging völlig verloren. Die Beamten und die Vertreter der Selbstverwaltung wurden ausgewiesen. In Berlin wußte man über das tolle Durcheinander in den riesigen, dichtbevölkerten deutschen Westgebieten überhaupt nicht mehr genau Bescheid. Die Meldungen über die Willkürakte jagten sich, unsere Proteste verhallten, die Bevölkerung hüben und drüben gab sich panikartigen Gefühlen hin, die deutsche Zukunft der gesamten rheinischen Lande schien auf dem Spiele zu stehen. Mutige deutsche Männer drangen, von soldatischem Kampfgeist beseelt, in die entrissene Zone ein, um die französische Gewaltherrschaft zu stören. Der Heldentod Albert Leo Schlageters unter den Kugeln des französischen Peletons bei Düsseldorf legte ein neues Blutzeugnis für den deutschen Freiheitsdrang ab. Und nicht nur der ehemalige Freikorpsoffizier wußte für die nationale Sache bis zum Tode auszuhalten, sondern ebenso die unbekannten Werkarbeiter, die lieber im Maschinengewehrfeuer fielen, als daß sie die Fabriktore geöffnet hätten.

Doch diese vaterländische Standhaftigkeit von Arbeitern und Bürgern konnte auf die Dauer den politischen Machtenergien Frankreichs nicht gewachsen sein. Allmählich geriet das okkupierte Land in einen solchen Zustand der Verwüstung, daß auch die Volkskräfte der Lähmung anheimfielen. Eine fortschreitende innere Zersetzung hätte Frankreich die Möglichkeit gegeben, seine separatistischen Pläne mit Hilfe verzweifelter deutscher Elemente zu verwirklichen. Außerdem hatte der passive Widerstand die deutschen Reichsfinanzen, die Währung und die Wirtschaft völlig zerrüttet. Denn im besetzten Westdeutschland ruhte fast alle Produktion, und die deutsche Notenpresse war zur fast alleinigen Einkommensquelle gerade in den höchstentwickelten deutschen Wirtschaftsbezirken geworden. Daher wurde es zum Gebot der staatsmännischen Klugheit, den passiven Ruhr- und Rheinkampf abzubrechen. Die einzigen Erfolge, die unser Widerstand haben konnte, waren praktisch erzielt, denn Frankreich hatte sich überzeugen müssen, daß es mit militärischer Gewalt die Reparationen nicht eintreiben könnte. Das Abenteuer hatte auch den französischen Finanzen mehr Unkosten verursacht als Gewinn gebracht. Der Abbruch des passiven Widerstandes stellte an die Entschlußkraft und die Durchführungsenergien der Reichsregierung außerordentlich hohe Anforderungen, denn die Wogen der Leidenschaften gingen im Innern nach allen extremen politischen Richtungen hoch. Damals hatte Stresemann soeben das Reichssteuer ergriffen und ließ sich von dem Kurse der Vernunft, der Mäßigung, der schrittweisen Wiederherstellung geordneter Verhältnisse durch keinerlei radikale Treibereien abbringen. Dieser Herbst 1923 gehört zu den aufregendsten zeitgenössischen Episoden; daß aber diese chaotischen Wochen lediglich Episoden blieben, ist vor allem dem Kanzler Stresemann und dem Befehlshaber der Reichswehr, General von Seeckt, zu danken, die im harten Durchgreifen und im ausgleichenden Verhandeln eine bewundernswerte Elastizität bewiesen.

Die beiden schlimmsten Gefahrenherde waren die kommunistische Umsturzpropaganda und der rheinische Separatismus geworden. In Mitteldeutschland hatte die bolschewistische Wühlarbeit so bedrohliche Fortschritte gemacht, daß die Länder Thüringen und Sachsen nur durch das Einschreiten der obersten Reichsgewalt vor sowjetähnlichen Zuständen bewahrt werden konnten. Moskau hatte sich schon darauf eingerichtet, daß in Deutschland die rote Weltrevolution unmittelbar vor dem Siege stünde. Noch heute betrachtet die Komintern ihre deutsche Niederlage von 1923 als den Verlust der günstigsten Chance, die sie jemals in Europa gehabt hat. Der Aufruhr der rheinischen Separatisten wurde von der deutschen Bevölkerung niedergeschlagen, obwohl die Franzosen noch mit letzter fanatischer Anstrengung die verantwortungslosen Drahtzieher der Sonderbündelei unterstützten. Daß die Deutschen aller Stände und Klassen sich den autonomistischen Verschwörern opferstark entgegenstellten, war ein Zeichen dafür, daß die Rheinländer ihren Glauben an die Reichsführung behalten hatten, weil nunmehr das Ende des Schreckens abzusehen war.

Auch für den deutschen Osten bedeutet das Jahr 1923 eine traurige Einnerung. Da die Augen Deutschlands und Europas auf den Rhein gerichtet waren, so verübten unsere ostpreußischen Nachbarn, die Litauer, einen Anschlag auf das Memelland. Der Einbruch Kownoer Freischärler war durchaus völkerrechtswidrig, aber leider rechneten die Eindringlinge richtig, wenn sie glaubten, daß die Westmächte ruhig zusehen würden. Für das deutsche Volkstum war die Auslieferung der nordöstlichen Ecke unseres alten Besitzstandes deshalb so schmerzlich, weil hier ein ganz unzweifelhaft deutsches Grenzgebiet verlorenging. Dieser Memelputsch hat uns aber noch darüber hinaus signalartig gezeigt, daß die unglückliche Zerstückelung Ostdeutschlands jederzeit zu plötzlichen Bränden führen kann, sobald die deutsche Politik in anderen Interessensphären beschäftigt und gebunden ist.



Memel, Einzug der Litauer

Deutschland hat die Unwetter des Jahres 1923 im ganzen gesehen wenigstens innenpolitisch ziemlich schnell überstanden. Am Ende dieses Schicksalsjahres war das wirtschaftliche Vertrauen zu unserer aufbauenden Wirtschaftskraft zurückgekehrt und die nationale Einheit gerettet. Wenn wir uns heute wieder im Tiefstand einer Krise fühlen müssen, so dürfen wir aus diesem Gedenkjahr immerhin etwas Optimismus schöpfen und in die künftigen Zeiten mit hinübernehmen.

Unabhängigkeit durch Ernährung aus eigener Scholle

Von Theodor Graf von Baudissin,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Wieweit kann sich Deutschland aus eigener Scholle ernähren? Diese Frage wird immer wieder in der Öffentlichkeit aufgeworfen, es erscheint daher notwendig, die gegenwärtige Versorgungslage Deutschlands und ihre zukünftige Entwicklung einmal aufzuzeigen.

Unsere Brotversorgung aus eigener Scholle ist heute sichergestellt. Schon vor dem Kriege erzeugten wir in Deutschland mehr Roggen, als wir verbrauchten. Demgegenüber waren wir in der Weizenversorgung nicht unabhängig. Als in den ersten Nachkriegsjahren eine Umstellung der menschlichen Ernährung durch einen stärkeren Verzehr von Weizenbrot eintrat, schien die Brotversorgung aus eigener Scholle einen neuen Rückschlag zu erleiden. Mußte doch Deutschland seither erhebliche Mengen Weizen aus dem Auslande, insbesondere aus Nord- und Südamerika, einführen. Was unerreichbar schien, ist in nahezu einem Jahrzehnt gelungen: 1931 betrug der Verbrauch an Auslandsweizen nur noch 600 000 Tonnen, im Jahre 1932 hatte Deutschland sogar einen Überschuß an Inlandsweizen. Durch zielbewußte Umstellung vom Roggenanbau auf verstärkten Weizenanbau hat sich die Weizenanbaufläche 1931 gegen 1913 um 27 v. H. vermehrt. Wie ist diese Ertragssteigerung möglich gewesen? Einmal durch die Fortschritte auf dem Gebiet der künstlichen Düngung und der Ackerbautechnik, nicht zuletzt aber durch den beispiellosen Fleiß des deutschen Bauern, der allen Widerständen zum Trotz seine Aufgabe als Ernährer des Volkes erfüllt hat.

Wie in der Brotgetreideversorgung, so ist Deutschland auch in der Kartoffelversorgung seit langen Jahren von jeder ausländischen Zufuhr unabhängig, wenn auch heute noch unnötigerweise Frühkartoffeln eingeführt werden. Im Durchschnitt der letzten 20 Jahre wurden in Deutschland jährlich 400 bis 440 Mill. Doppelzentner Kartoffeln erzeugt, während der Bedarf etwa 400 Mill. Doppelzentner beträgt. Es ist mit Bedauern festzustellen, daß die Einfuhr von Frühkartoffeln in der Nachkriegszeit außerordentlich gestiegen ist. Der Absatz von Kartoffeln ist u. a. auch durch den Rückgang der Vorratswirtschaft infolge geringerer Lagerungsmöglichkeiten der städtischen Haushaltungen, aber auch durch das knappe Wirtschaftsgeld verringert worden. Von den 400 bis 440 Mill. Doppelzentner Kartoffeln wurden bisher 6 v. H. als Rohstoff für das Stärkegewerbe, die Kartoffelbrennereien und die Kartoffeltrocknung verwendet. 20 v. H. dienten als Pflanzkartoffeln, 32 v. H. als Speisekartoffeln und etwa 38 v. H. wurden verfüttert. Von besonderer Bedeutung ist seit einigen Jahren die Erzeugung von Markenkartoffeln, die vielfach schon als „Tütenkartoffeln" auf den Markt kommen. Aber auch im Frühkartoffelbau hat die deutsche Landwirtschaft gewaltige Fortschritte gemacht. Bereits im Juni kommen die ersten deutschen Frühkartoffeln auf den Markt.

Die Produktion an Zucker ist in Deutschland bereits so stark, daß die Landwirtschaft zu einer Einschränkung der Zuckerrübenanbaufläche übergehen mußte. Diese Einschränkung kann nicht ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden, da der Zuckerrübenbau die intensivste landwirtschaftliche Kultur ist und als Vorfrucht geradezu unersetzlich gilt. Berücksichtigt man, daß die Zuckerrübe die Hackfrucht des besten Bodens ist, so erscheint es erklärlich, daß sich die Frage einer Ersatzfrucht nicht leicht lösen läßt. Im Jahre 1931 mußte die Zuckerrübenanbaufläche gegenüber 1930 bereits um 20 v. H. verringert werden! Während wir vor dem Kriege noch Ausfuhrmöglichkeiten nach England hatten, ist die Zuckerausfuhr durch die gesunkenen Weltmarktpreise völlig unwirtschaftlich geworden. Hinzu kommt die beherrschende Stellung des Rohrzuckers auf dem Weltmarkt, dessen Industrie während des Krieges eine derartige Entwicklung erlebte, daß die deutsche Zuckerrübenindustrie den Wettbewerb kaum noch aufnehmen kann.

Wer den ständigen Niedergang der Viehpreise und der Preise für Milch- und Molkereierzeugnisse verfolgt, muß als eine besondere Tat der deutschen Landwirtschaft werten, daß wir in der Fleischversorgung vom Auslande nahezu völlig unabhängig sind. Hier liegt der klare Beweis, daß der Landwirt das Seine zur Wiedergewinnung der Rentabilität getan und eine Vervollkommnung und Erweiterung der Erzeugung durchgeführt hat. Erinnert man sich der geringen Fleischrationen und Fleischkarten während des Weltkrieges, so erhält dieses Ergebnis eine ganz besondere Bedeutung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1913 49½ kg betrug, nach dem Kriege 1924 39½ kg und im Jahre 1930 50¾ kg. Der Fleischverbrauch ist demnach in den letzten Jahren, aber auch gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Etwa 60 bis 66 v. H. des Gesamtverbrauches an Fleisch fiel auf Schweinefleisch. Der Schweinebestand, der in einem Zyklus von 2½ Jahren zwischen 18 Mill. und 24 Mill. schwankt, reicht nicht nur zur Deckung des Eigenverbrauchs aus, sondern ergibt sogar einen Überschuß. Auch hier beginnt also das Zuviel bereits Sorge zu machen. Nicht anders liegen die Verhältnisse bei den Rinderbeständen. Hier sind die während des Krieges stark zusammengeschrumpften Bestände nicht nur längst wieder aufgefüllt, im Jahre 1931 war der Bestand schon rund ½ Millionen Stück größer als 1913! Wenn die Viehpreise gegenüber 1913 heute um 30 bis 40 v. H. niedriger liegen und damit im Hinblick auf die gestiegenen Preise für die Erzeugungsmittel der Rentabilität nahezu jeder Boden entzogen ist, so geraten diese Erfolge in die Gefahr, zerstört zu werden.

Mit 22 Milliarden Liter Milch erzeugt die deutsche Milchwirtschaft jährlich einen Wert von 3,5 bis 4 Milliarden RM. Sie ist damit nach dem Geldwert einer der bedeutendsten Zweige der deutschen Volkswirtschaft, dem selbst eine ganze Reihe unserer bedeutendsten Industriezweige nicht gleichkommen. Der durchschnittliche Milchverbrauch beträgt heute etwa ¼ Liter Milch je Kopf. In diesem Zusammenhange ist nicht uninteressant, daß die Bierstadt München einen höheren Milchverbrauch als Berlin hat. Während in den letzten Jahren noch für etwa 400 bis 500 Mill. RM. Butter eingeführt werden mußten, stehen wir heute unmittelbar vor der Selbstversorgung. Die völlige Selbstversorgung ist vielleicht nur eine Frage von Monaten, wenn der Landwirtschaft durch den dringend geforderten handelspolitischen Schutz auch nur einigermaßen die Rentabilität der Buttererzeugung gesichert wird. 18 v. H. der in Deutschland erzeugten Butter kommen heute als unübertroffene Markenbutter auf den Markt, ein Beweis, daß wir selbst auf die Zufuhr ausländischer Qualitätsbutter verzichten können. Die viehhaltenden Landwirte haben sich zum Ziel gesetzt, die durchschnittliche Milchleistung je Kuh um 500 Liter zu erhöhen. Das ist durchaus zu erreichen.

Deutschlands Fettbedarf wird zu 38 v. H. durch Margarine, zu 35 v. H. durch Butter und zu 16 v. H. durch Schmalz gedeckt. Den Rest bilden Speiseöle und Speisefette, u. a. Kokos, Palmin und gehärteter Tran mit 10 v. H. Wenn heute der Anteil der Eigenerzeugung an der Fettversorgung nur 40 v. H. beträgt und 60 v. H. in Form von Rohstoffen auf die Einfuhr entfallen, so ist das ein Zustand, der eine weitgehende Korrektur erfahren muß. Berücksichtigt man, daß wir den Ursprungsstoff zahlreicher Fette, Kohlehydrate, im Überschuß erzeugen, so ergibt sich, daß die Verwendung einheimischer Fette eine der wichtigsten Fragen unserer Wirtschaftspolitik ist. Bei den einzelnen Fettarten verteilt sich der Verbrauch wie folgt:

	Eigenerzeugung	Einfuhr
Butter	80 v. H.	20 v. H.
Schmalz	60 v. H.	40 v. H.
Margarine	5 v. H.	95 v. H.
Öle, Kunstspeisefette	—	Rohstoffe 100 v. H.

In der Geflügelwirtschaft ist die Unabhängigkeit Deutschlands noch nicht sichergestellt. Neben England ist Deutschland bisher das Haupteinfuhrland für Eier. 1913 konnte der Bedarf in Deutschland zu 65 v. H. aus eigenen Erzeugnissen gedeckt werden, im Jahre 1924 zu 78 v. H. und 1930 zu 73 v. H. Der Stillstand in der Erreichung des Ziels der Selbstversorgung ist nicht zuletzt auf die ungewöhnlich niedrigen Eierpreise durch die Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Eiern zurückzuführen, eine Tatsache, die unsere Geflügelhalter zur Verringerung des Bestandes an Legehennen zwang. Vor allem haben die Geflügelfarmen ihre Bestände erheblich eingeschränkt. 83 v. H. aller Hühner werden auf Bauernhöfen bis zu 20 ha gehalten. Wenn eine Selbstversorgung Deutschlands zur Zeit noch nicht besteht, ist dieses Ziel doch in absehbarer Zeit zu erreichen.

Deutschlands Gartenbau ist in weitgehendem Maße in der Lage, die Ansprüche der Verbraucher mit heimischen Erzeugnissen zu befriedigen. Nach den Erhebungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug der Anteil deutscher Erzeugnisse z. B. bei Blumenkohl und Tomaten 35 v. H., bei Salat, Spinat und Gurken etwa 50 v. H., bei Zwiebeln 75 bis 80 v. H. und bei Obst 80 bis 85 v. H. Im Jahre 1931 führten wir an Obst und Südfrüchten für 374 Mill. RM. ein und an Küchengewächsen für 88 Mill. RM. Besondere Fortschritte sind auf dem Gebiete des Frühgemüsebaues zu verzeichnen. Während Deutschlands

Gartenbau im Jahre 1927 rund 2½ Mill. qm unter Glas hatte, beträgt die Zahl jetzt schon 3½ Mill. qm. Durch die Kältetechnik ist es neuerdings möglich, deutschen Blumenkohl aus der Feldernte zwei bis drei Monate, Tomaten sechs bis acht Wochen aufzubewahren. Von größter Bedeutung sind schließlich die hohen Leistungen unserer Konservenindustrie, die der Verbraucherschaft während des ganzen Jahres hochwertigste Nahrungsmittel mit ausreichendem Vitamingehalt liefert. Wird dem deutschen Gartenbau durch weitsichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen die Grundlage zu weiterem Fortschritt gesichert, so dürfte Deutschland auch auf diesem Gebiete dank der zähen Arbeit von Landwirtschaft und Gartenbau dem Ziele der Selbstversorgung bis zur Grenze des Erreichbaren näherkommen.

Auf zwei Tatsachen muß aber besonders hingewiesen werden. Ein großer Teil der Absatzschwierigkeiten der Landwirtschaft beruht darauf, daß die Verbraucherschaft sich nicht mehr an das hält, was die Jahreszeit bietet, sondern ihre Ansprüche auf das richtet, was nur bevorzugte südliche Länder liefern können. Nur so kommen die Mittelmeerländer mit Maltakartoffeln, mit Tomaten, Bohnen, Erdbeeren, Spargel usw. dem deutschen Land- und Gartenbau auf dessen eigenen Märkten zuvor, und dieser findet die Märkte versperrt, wenn seine Jahreszeit gekommen ist.

Und eine andere Tatsache muß hervorgehoben werden. Die deutsche Landwirtschaft hat ihre Produktion gesteigert, trotzdem die Preise sanken, und trotzdem die sinkenden Preise die Rentabilität vernichteten. Die Rentabilität wurde vernichtet, weil die fixen Kosten auf der bewirtschafteten Fläche, die Steuern, die Gemeindelasten, die Abgaben und die Schuldzinsen so gut wie unverändert blieben. So blieb nichts anderes übrig, als den Umsatz auf der Fläche zu steigern, um die Lasten und Zinsen aufbringen zu können. Aus diesem verhängnisvollen Kreislauf kann nur eine wirksame Entlastung herausführen.

Faßt man so die Frage der Selbstversorgung Deutschlands aus eigener Scholle zusammen, so ergibt sich, daß sie zu erreichen ist bei Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Zucker, Hülsenfrüchten, Olgewächsen, Gemüse, Obst, Hopfen, Vieh, Fleisch, Milch, Milcherzeugnissen, Geflügel, Eiern, Futtermitteln und Fischen. Nach heutigem Ermessen ist die Selbstversorgung nicht ganz zu erreichen vor allem bei Wolle, Fellen, Häuten, pflanzlichen Spinnstoffen und Tabak. Diese Bilanz zeigt, daß Deutschland der Unabhängigkeit seit der bitteren Lehre des Weltkrieges um eine bedeutende Etappe nähergekommen ist und — man kann das wohl aussprechen — im ganzen gesehen nahezu vor der Selbstversorgung steht.

Auftakt zur Wirtschaftskonferenz

Von Dr. Oscar Wingen.

Von allen Sachverständigenberichten der letzten Jahre, die sich die Aufdeckung der Ursachen und die Feststellung von Methoden zur Bekämpfung der Weltarbeitslosigkeit zum Ziel gesetzt haben, ist der jetzt vorliegende Bericht der Genfer Vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz, die „kommentierte Tagesordnung für London", der umfassendste, eingehendste und in seinen Schlußfolgerungen wohl auch mutigste.

Die Sachverständigen fordern in klaren und eindeutigen Worten die „wirtschaftliche Abrüstung". „In dem Ringen um die wirtschaftliche Befriedung der Welt wurde in Lausanne der Waffenstillstand geschlossen; die Londoner Konferenz muß den wirtschaftlichen Friedensvertrag bringen." Demgemäß treten die Sachverständigen für großzügige Maßnahmen zur Beendigung des „Wirtschaftskrieges" ein; denn „eine Politik der kleinen Mittel würde die Krise nicht beheben". Sollten die in London in einigen Monaten — voraussichtlich im Sommer 1933 — zur Weltwirtschaftskonferenz sich versammelnden 67 Regierungen nicht sich zu einem gemeinsamen und wirkungsvollen Vorgehen gegen die internationale Arbeitslosigkeit entschließen können, so wird ein noch viel stärkerer Kampf aller gegen alle ausbrechen. Die Isolierungsbestrebungen der einzelnen Länder werden die Oberhand behalten. Dies alles wird — nach Ansicht der Sachverständigen — geschehen, nicht weil es einem unentrinnbaren Naturgesetz entspricht, sondern weil es an menschlichem Willen und menschlicher Einsicht mangelt. „Die Verantwortung der Regierungen ist klar; sie können ihr nicht ausweichen."

Die von der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zu besprechenden und zu treffenden Maßnahmen liegen auf folgenden sechs Gebieten: 1. Währungs- und Kreditpolitik, 2. Hebung des Weltpreisniveaus, 3. Wiederherstellung des internationalen Kapitalverkehrs, 4. Beseitigung der Handelshemmnisse, 5. Einleitung einer liberaleren Zolltarif- und Handelsvertragspolitik und 6. bessere Organisation der Produktion und des Warenaustausches. Dies die sogenannte Tagesordnung von London.

Sozusagen als „Schlüsselprobleme" lassen sich aus dem umfangreichen Bericht der Genfer Sachverständigen — im französischen Text umfaßt er 62 Schreibmaschinenseiten — die folgenden herausheben: Erstens muß die Weltverschuldung liquidiert werden. Hier steht an erster Stelle die Frage der politischen Amerikaschulden, die zwar nicht zur Tagesordnung der Londoner Konferenz gehört, die aber baldigst gelöst werden muß. Aber auch die privaten, sogenannten kommerziellen Schulden von Land zu Land müssen durch Vereinbarungen zwischen Gläubigern und Schuldnern bei eventueller Unterstützung durch die Regierungen den veränderten Wirtschaftsverhältnissen angepaßt werden. Hier findet sich auch die für Deutschland besonders wertvolle Feststellung, daß Schuldnerländer ihre Zahlungsverpflichtungen nur durch Warenausfuhr und Dienstleistungen abdecken können und die Gläubigerländer ihnen dazu durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik die Möglichkeit geben müssen. Zweitens ist die Rückkehr zu einer gesicherten, festen internationalen Währung, und zwar zur Goldwährung, erforderlich. Drittens müssen die den internationalen Handel in immer katastrophalerem Ausmaße einschränkenden Maßnahmen der einzelnen Länder teils baldigst völlig aufgehoben werden, wie zum Beispiel die sogenannten Notstandsmaßnahmen in Form von Kontingenten, Einfuhrverboten usw., teils allmählich auf ein vernünftiges Niveau herabgesetzt werden, wie zum Beispiel die Zölle. Was für den Warenverkehr gilt, hat auch für die Herstellung eines freieren Kapitalverkehrs Geltung. Endlich hat alles zu geschehen, was eine Erhöhung des internationalen Preisniveaus, namentlich für Getreide und Rohstoffe, herbeiführen kann.

Die deutschen Sachverständigen haben in ihrer positiven Mitarbeit an dem Genfer Werke mit größtem Nachdruck auf die einheitliche Durchführung und den Zusammenhang der behandelten Maßnahmen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete hingewirkt. Ihre Aufgabe war es, zu verhindern, daß eine für Deutschland ungünstige Reihenfolge der zu treffenden Heilmaßnahmen festgesetzt wurde, wie es einzelne Delegierte zu unternehmen versuchten. Ihre Aufgabe war es ferner, dafür zu sorgen, daß brauchbare Zwischenlösungen für eine Liquidierung des Weltwirtschaftskrieges nicht verbaut wurden, falls das Idealziel der Londoner Konferenz, der Abschluß eines allgemeinen Weltwirtschaftsfriedenspaktes, nicht zu erreichen sein sollte. Zu diesem Zweck haben sie sich mit Erfolg für die Möglichkeit der Bildung von staatlichen Gruppen auf Grund des Abschlusses handelspolitischer Kollektivabkommen eingesetzt.

Vorschläge und Empfehlungen bilden das Ergebnis der Genfer Vorbesprechungen, die sogenannte Tagesordnung der Londoner Weltwirtschaftskonferenz. Jedes Land behält bis zum Ergebnis dieser Konferenz seine volle wirtschaftspolitische Handelsfreiheit. Die „Tagesordnung" stellt unzweifelhaft ein gutes und wirksames Rezept für eine durchgreifende weltwirtschaftliche Heilbehandlung dar. Ob aber die Regierungen in London, die Ärzte und Patient in einer Person sind, die kräftigende, zum Teil allerdings bittere Medizin auch zu schlucken bereit sein werden, kann nur der Verlauf der voraussichtlich in der zweiten Junihälfte stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz lehren.

Darüber ist allerdings schon in Genf keinerlei Zweifel gelassen worden: daß der Erfolg oder Mißerfolg von London bedingt ist durch eine baldige und vernünftige Regelung des amerikanischen Schuldenproblems. Ist diese zu erreichen, dann könnte nach Meinung zahlreicher Sachverständiger allein dadurch in der Geschäftswelt eine so nachhaltige psychologische Entspannung erzielt werden, daß eine wesentliche Lockerung der Weltwirtschaftskrise die Folge sein würde und damit auch der heute grassierende Skeptizismus hinsichtlich einer positiven Lösungsmöglichkeit der Weltarbeitslosigkeit stark an Boden verlieren müßte.

Die historische und politische Bedeutung Ost- und Westpreußens in Vergangenheit und Gegenwart*)

Von Hans Rothfels.

Das Bekenntnis, das ich heute im Namen unserer Universität hier aussprechen darf, das Bekenntnis zu einer besonders tiefen Verwurzelung im Boden unserer Provinz, will nicht ein Bekenntnis zu provinzieller Enge sein, sondern zu Aufgaben und Pflichten gesamtdeutscher Natur, zu den strengen und eingreifenden Forderungen, die aus der geschichtlichen wie aus der gegenwärtigen Lage Ost- und Westpreußens sich ergeben.

Welches ist der Inhalt dieser Aufgaben, Pflichten und Forderungen? Sie sind historisch ausgeprägt und erhärtet worden wesentlich in drei Etappen, in der Zeit des deutschen Ritterordens, in der besonderen Mitgift, die das Herzogtum Preußen der brandenburgischen Monarchie hinzugebracht hat und schließlich in der Epoche der Reform und Erhebung. Als die deutschen Ordensritter vor jetzt 700 Jahren an der Weichsel erschienen, da traten sie auf alten germanischen Siedlungsboden. Wir haben allen Anlaß, das mit Schärfe zu betonen, und wir dürfen hinzufügen, daß sie auf diesem Boden eine Aufgabe übernahmen, an der sich Polen wohl versucht hatte, die aber seinen Händen entglitten war. Nur mit deutschen Menschen, mit deutschem Blut und mit deutscher Arbeit war die Aufgabe der Eindeichung des Ostens zu vollziehen, konnte er für die Gesinnungs- und Lebensgemeinschaft Europas gewonnen, das heißt christianisiert und kultiviert werden. Das Besondere des Nordostens war dabei, daß hier das Werk von einem eigenen geistlich-ritterlichen Staat übernommen wurde, einem Staat, der in seinem inneren Aufbau überraschend moderne Züge zeigt.

So war die Nordostmark im 13. und 14. Jahrhundert ein Vorposten Deutschlands nicht nur im äußeren, sondern auch im inneren staatsbildenden Sinne. Hier erwuchsen Traditionen, die vorausweisen auf die brandenburgisch-preußische Monarchie und die den Ordensstaat wesensmäßig mit ihr verbinden. Dazwischen freilich liegen zwei Jahrhunderte des Verfalls. Auf sich allein gestellt, ohne den Schutz des Reiches und durch den Abschluß der Christianisierung am religiösen Lebensnerv angerührt, so konnte das Gemeinwesen der deutschen Ritter weder seine innere Struktur, noch seine äußere Macht bewahren. Der Orden war sich dieser schwierigen Lage sehr wohl bewußt. Wie er nach Livland hinübergegriffen und den baltischen Raum in seiner natürlichen Einheit zusammengefaßt hat, so schlug er insbesondere die Brücke rückwärts über die Weichsel, die ja nicht weniger als der Rhein ein deutscher Schicksalsstrom ist. Er fügte Pommerellen mit seinen deutschen Städten und seinen Kolonien deutscher Mönche und deutscher Bauern nun auch der deutschen staatlichen Kultur ein. Aber beide Positionen gingen wieder verloren. Der Zusammenbruch hatte in Westpreußen den ersten polnischen Korridor zur Folge und brachte auch Ostpreußen unter die Lehnshoheit Polens. Wohl erhob sich nun hier das weltliche Herzogtum, begleitet von Taten wissenschaftlicher und künstlerischer Pflege, die den Anspruch, ein Vorposten deutscher Kultur zu sein, glanzvoll erneuerten. Wohl gründete die Reformation die geistige Einheit des deutschen Landes tiefer und legte mit dem Hinübergreifen auf die baltischen Provinzen ein Fundament der Gemeinsamkeit, das für die Aufgaben und Pflichten des deutschen Ostens noch heute und heute erst recht ein wichtiger Ausgangspunkt ist. Aber politisch zogen bald neue Wirren herauf.

So ist der Übergang an Brandenburg-Preußen die Stunde des Schicksals und der Rettung gewesen. Der Großstaat erlöste aus der Enge und vom polnischen Druck, er gewann zurück und begründete durch Kulturtaten ersten Ranges die lückenlose und lebenswichtige Verbindung rittlings der Weichsel, er brachte den Zustrom deutscher Menschen aufs neue in Fluß. Als die Pest Ostpreußen verheert hatte, vollbrachte Friedrich Wilhelm I. mit dem sogenannten Retablissement, mit der „Osthilfe" jener Tage, sein kolonisatorisches Meisterwerk. — Aber man wird die Gegenrechnung nicht vergessen dürfen. Was bedeutete der Erwerb der Nordostmark für den preußischen Staat und für die deutsche Nation? Es war ein spezifischer Erwerb. Nicht zufällig empfing vom alten Herzogtum her die Monarchie ihren Namen und den Begriff der Einheit. Erst als König in Preußen wurde der brandenburgische Kurfürst zum europäischen Souverän. Die Grenzmark eröffnete einen neuen Lebensraum der deutschen Geschichte, so wie es gleichzeitig im Südosten geschah. Auch der Nordosten hatte seinen eigenen politischen Schwerpunkt außerhalb des alten Reichs, auf europäischem Boden und doch mit dem deutschen Gesamtgeschick aufs innigste verbunden. Nur von hier aus konnte der Versuch der Hanse mit staatlichen Mitteln und mit staatlich begrenztem Ziel wieder aufgenommen werden. Hier lag ein Verbindungsstück nach Osten bereit, das im 18. Jahrhundert wiederum einen wichtigen Strom kultureller Einflüsse ins Baltikum geleitet hat, ein Verbindungsstück auch zu Rußland, als es seine Alliance mit Preußen-Deutschland schloß. Hier lag aber auch ein Stoßpolster bereit, wenn es zum Kriege im Ostseewinkel kam. Wie bei dem Russeneinfall von 1914, so ist in den zahlreichen Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts Ostpreußen das stellvertretende Opfer der deutschen Sicherung gewesen.

So verbindet sich in der ostpreußischen Geschichte die Aufgabe, Vorposten des Deutschtums zu sein, eigentümlich genug mit der anderen, als Aufnahme- und Reservestellung zu dienen. Dieser Doppelcharakter ist nie deutlicher hervorgetreten als in den Jahren nach 1806, in der dritten Etappe, die dem politischen Sonderbewußtsein Ostpreußens, dem Glauben an eine eigene politische Mission vollends das Gepräge gegeben hat. Durch die Niederlage wurde der preußische Staat in seine östlichste Provinz zurückgestaut, auf ihr ruhten zugleich die letzten Möglichkeiten deutschen Widerstandes überhaupt. Und man kann sich leicht vorstellen, was ein polnischer Korridor damals bedeutet hätte: das Ende mitteleuropäisch eigenen Lebens. Indem dieses Schicksal abgewandt wurde, konnte Ostpreußen der Schauplatz der Erhebung werden, dorthin strömten alle Kräfte, die am Wiederaufbau der Nation arbeiten wollten, „die letzten Deutschen", so hat es Treitschke ausgedrückt, sammelten sich unter den schwarz und weißen Fahnen. So waren die Jahre nach Tilsit die deutschesten der ostpreußischen Geschichte. Aber auch aus Ostpreußen selbst kamen dem Befreiungskampf und der Wiederherstellung Europas eigentümlichste Kräfte zu Hilfe. Das Land, das auf Grund der äußeren Lage die Entscheidung und ihre Lasten zu gutem Teile trug, stand zugleich innerlich auf Vorposten, es war von Antrieben erfüllt, die mit der Folgerichtigkeit geistiger Prinzipien sich entfalteten.

So wurde ein Jahrzehnt schon vor Jena von Königsberger Kathedern die Freiheit des Menschen verkündet, die Freiheit von äußerer Bevormundung, aber nicht als Rechtsanspruch, nicht als Voraussetzung angenehmer oder ästhetischer Lebensgestaltung, sondern als Aufgabe des eigenen Gewissens, als Preis des Kampfes gegen die persönlichen Neigungen und Instinkte. Diese herbe kategorische Lehre Kants berührte sich mit dem Pflichtgedanken des friderizianischen Staates und hatte doch ihr Besonderes gegen ihn, den Protest gegen alle mechanische Zweckhaftigkeit, den Aufruf zur sittlichen Selbstbestimmung, der dem Gedanken der Reform wie der Erhebung von 1813 das geistige Gepräge gegeben hat. In diese neuen Forderungen, die der ostpreußische Boden trug, mündeten dann auch die alten Überlieferungen der Ordenszeit wie der Reformation ein, das Bewußtsein einer besonderen Aufgabe durch die Jahrhunderte hin, das unbedingte Ethos einer „von oben" verhängten Pflicht. So schreibt Theodor von Schön einmal — mit charakteristischer Übertreibung und doch nicht ohne berechtigten Kern: „Mein Freund Baron Eichendorff behauptet, daß Preußen (das alte Ordensland) vorzugsweise vom Himmel die Aufgabe bekommen habe, in den Gang der Gedanken und Dinge einzugreifen und das Schicksal in das richtige Geleise zu bringen. In meinem Saale habe ich die Bilder von vier preußischen Gelehrten aufgestellt: Kopernik (Sonne stehe still! Und sie steht!), Kant (Du mußt, weil Du sollst!), Herder (Das Schicksalsgesetz ist ewige Wahrheit!) und Simon Dach (Ich bin ja Herr in Deiner Macht!) Und alle vier wurden nicht von der Masse der Volksgedanken unmittelbar getragen, sondern ihr Licht kam von oben, wo die Geburtsstätte der Ideen ist."

Was von Schön in so persönlicher Form ausgesprochen wurde, das hat als Tradition die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hindurch fruchtbar nachgewirkt. Schön selbst als Oberpräsident ist der eigentliche Vermächtnisträger der Reformzeit gewesen. Unter seiner Verwaltung waren Ost- und Westpreußen sozial und politisch ein Land des Fortschritts, Adel und Bürgertum vertraten einen spezifisch gefärbten, bodenständigen Liberalismus. Als Friedrich Wilhelm IV. sich einmal erkundigte, wie es zu dieser merkwürdig geschlossenen geistig-politischen Opposition gekommen sei, da empfing er die charakteristische Antwort: In Ostpreußen gehe die Sonne am frühesten auf und hier zuerst habe Kopernikus sie stillstehen lassen. — Der Rückschlag gegen dieses Selbstbewußtsein erfolgte nach 1848 und nach 1870. Mit der fortschreitenden Industrialisierung verlagerte sich der wirtschaftlich-soziale Schwerpunkt nach dem Westen unseres Vaterlandes, der geistige und der politische Schwerpunkt folgten nach. Dem Nordosten fiel wohl die Aufgabe zu, agrarische Überschüsse und Menschenüberschüsse zu liefern, er war die viel berufene „Wiege" Deutschlands, der die jüngeren Schichten der Nation zum guten Teil entstammen, er nahm die Ausgewanderten im Alter

*) Stark gekürzter Abdruck einer Rede, die Professor Dr. Rothfels-Königsberg bei Eröffnung der Ostpreußenausstellung in Berlin am 8. Januar 1933 gehalten hat.

vielfach wieder auf und dem Westen ab, er selbst aber war nun „Provinz" geworden, eine vernachlässigte und zurücksinkende, eine im Bewußtsein der Nation nicht mehr lebendige oder ihrer sozialen Struktur wegen bekämpfte Provinz. Das deutsche Volk im ganzen hatte den Rücken gegen Osten gewandt.

Erst heute und erst nach tiefsten Erschütterungen beginnt dieser Prozeß rückläufig zu werden. Erst heute wieder ist ein Wort für uns sinnvoll geworden, das der Historiker des preußischen Staates, J. G. Droysen, 1851 in Königsberg zu hören bekam: „Wir sind nicht bloß eine Provinz, wir sind ein Land." Das besagt, daß die Nordostmark beansprucht ein eigener politischer Lebensraum zu sein, der nicht nur um Hilfe wirbt, sondern auch Hilfe bringt, der nicht nur der Heimholung ins Reich mit Geduld zu harren, sondern von sich aus eine Gesamtlösung vorzubereiten hat. Ein Land, das schlechthin angewiesen ist auf die Beseitigung der widernatürlichen Grenzen, auf die unmittelbare Verbindung mit dem deutschen Gesamtstaat, das eben dadurch aber diesen auf einen Bereich von Aufgaben verweist, deren Lösung entscheidend sein wird für die Zukunft des Deutschtums wie der kleinen östlichen Völker, die mit ihm im Gemenge liegen. So sind aus der altpreußischen Geschichte das Erbe der Gefahr und das Erbe der Aufgabe in bedeutungsvollstem Zusammenhang wieder erstanden.

Das Erbe der Gefahr: nicht laut und nicht oft genug kann man von ihr im Inneren Deutschlands sprechen. Aber auch das Erbe der Aufgabe: nie hat sie sich eindeutiger und zwingender offenbart. Ich berührte schon vom Erfahrungsbereich der Universität eine Tatsache, die dem Zugewanderten besonders auffallen wird und für alle Berufe gilt: Sie stehen dort oben dem Dienst am Ganzen unvergleichlich viel näher als im Inneren Deutschlands, das Bewußtsein im gleichen Boot zu sitzen, wird als Zwang zur Solidarität empfunden, vor dieser Frontgesinnung verblassen die Sondergesichtspunkte der Gruppen, Konfessionen und Parteien. Vielleicht kann man somit wirklich sagen, daß im Osten die Sonne früher aufgeht. Waren nicht die Volksabstimmungen von 1920 ein Strahl der Verheißung im Dunkeln? Wie in der Geschichte der Kolonisation die verschiedenen deutschen Stämme und die Siedler fremden Volkstums, Schotten und Engländer, Holländer und Franzosen, Litauer und Masuren zusammenschmolzen, wie sie im Altpreußentum ihre Einheit fanden, so triumphierte über allen Druck und alle Lockung mit imponierender Geschlossenheit, mit Mehrheiten von 93 bzw. 97,5 v. H. der Wille zum Zusammenhalten. Und es wird niemand in Ostpreußen geben, der die gewaltsam abgetrennten Deutschen in Soldau, die in Memel oder die im Korridorgebiet als Angehörige eines fremden Staates sieht, auf die man verzichten könnte. Dieses Gemeinschaftsbewußtsein im Lande und über die gegenwärtigen Grenzen hinweg, das ist eine Haltung, die zu vertreten zu den vornehmsten Gegenwartsaufgaben der Nordostmark gehört. Das Zweite ist die Pflege der Beziehungen zu den eigentlichen Auslandsdeutschen im weiteren polnischen Hinterland und in den baltischen Staaten. Was dort oben in der ältesten deutschen Kolonie an Opfern und Leistungen für die Erhaltung des eigenen Volkstums vollbracht wird, für eine auf Selbstverantwortung ruhende heimatgebundene und bodenständige Kultur, das kann auf alle Grenzlande als Ansporn wirken und durch Ostpreußen nach dem Innern Deutschlands vermittelt werden. Ein Drittes ist damit aufs engste verbunden: So notwendig und selbstverständlich die Forderung auf Beseitigung des Korridors ist: gerade von Ostpreußen aus wird in gleichem Atem zu vertreten sein, daß lokale Grenzrevisionen und rein provinzielle Lösungen die Aufgabe nicht erschöpfen. Ostpreußen wendet keineswegs nur den Blick nach Westen auf den Korridor, sondern es schaut und wirkt zugleich nach Osten und Süden in das vor ihm gelegene politische Kraftfeld, es ist sich bewußt, daß dadurch auch das Korridorproblem ein positiveres Gesicht gewinnt. Im ganzen Ostraum ist ja eine reinliche Trennung der Nationen unmöglich, das westliche Prinzip des Nationalstaats mußte hier zur Farce werden. So wird alles darauf ankommen, ob das deutsche Volk, als Volk der Mitte, Kräfte bereit hält zur Ordnung zwischen den Völkern, ein Prinzip staatlicher Formung, das den Erfordernissen national gemischter Gebiete Rechnung trägt. Indem Ostpreußen heute das gegebene Verbindungsglied zu den Deutschen der abgetretenen Gebiete und zu wesentlichen Teilen des Auslandsdeutschtums ist, indem in seinen eigenen Grenzen die preußische Minderheitenschulverordnung einen Weg beschritten hat, im einzelnen umkämpft, im Wesen notwendig, wird es zum Vorkämpfer von Gedanken einer Neuordnung des Verhältnisses von Staat, Volk und Kultur, von Gedanken, die mit dem Dienst an der deutschen Volksgemeinschaft zugleich und eben deshalb imstande sind, der ganzen Ostzone Europas zu gesünderem Aufbau zu verhelfen und zur Widerstandskraft nach außen. Wieder wie vor 700 Jahren kann nur durch deutsche Kräfte eine Befriedung und eine Eindeichung gegen Asien geschehen. Wieder wie nur je in der Geschichte der Nordostmark ist mit einem Dasein äußerster Not der Zwang verbunden, die Fahne vorwärts zu tragen. Das eigentümliche Auf und Ab, das die deutsche Gesamtentwickelung beherrscht, jenes Immerwiederzurückgeworfenwerden und Immerwiederaufnehmenmüssen vollzieht sich auf dem alten Kampfboden des Kolonialandes mit beispielhafter Deutlichkeit. Möchte um so mehr der positive Sinn der Worte gelten, die Erwin Erich Dwinger in seinem ergreifenden Buch „Wir rufen Deutschland" einen der sibirischen Heimkehrer, die er in Ostpreußen versammelt, aussprechen läßt: „Vielleicht brauchen wir nach Zeiten des Wohllebens den Zusammenbruch, um unser Eigenstes nicht zu verlieren — das ist das deutsche Schicksal. Da es aber beim Pendelschlag ins Tiefste doch auch schon wieder ausholt, ins Höchste zu schwingen, ja höher noch zu schwingen als es jemals vorher schwang — sollen wir es da nicht lieben, unser Schicksal?"

Der Vollstreckungsschutz

Im Rahmen der Osthilfeaktion wurde erstmalig durch die Verordnung vom 27. Juli 1930 im Interesse der gesicherten Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe und der geordneten Verwertung der Ernte 1930 für das damalige beschränkte Osthilfegebiet ein beschränkter Vollstreckungsschutz für die Zeit bis zum 31. Dezember 1930 gewährt. Sodann hat die Sicherungsverordnung vom 17. November 1931 für das erweiterte Osthilfegebiet — d. h. für die östlich der Elbe gelegenen Teile Preußens (außer Schleswig-Holstein), Sachsens und Anhalts sowie Mecklenburgs — für die unter das Sicherungsverfahren getretenen landwirtschaftlichen Betriebe einen vollen Vollstreckungsschutz geschaffen. Ziel des Sicherungs- und Entschuldungsverfahrens war: Zusammendrängung der Schulden auf ein der Leistungsfähigkeit des Betriebes entsprechendes Maß innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Grenzen und Umschuldung der kurzfristigen Schulden in langfristige.

Für die östlichen Gebiete Bayerns ist durch Notverordnung vom 16. Juli 1932 das Osthilfe-Entschuldungsverfahren ohne Sicherungsverfahren, d. h. ohne Vollstreckungsschutz, eingeführt worden. Durch die Verordnung vom 5. Januar 1933 ist hier für die unter das Entschuldungsverfahren getretenen Betriebe für die Dauer des Verfahrens, jedoch nicht über den 30. September 1933 hinaus, ein beschränkter Vollstreckungsschutz eingeführt (Möglichkeit der Einstellung der Immobiliarversteigerungen, Unzulässigkeit der Mobiliarvollstreckung mit Ausnahme solcher wegen laufender Zinsen, Lohnansprüche und laufender Betriebsschulden).

Für das ganze Reichsgebiet gelten die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mit den Änderungen vom 14. Juni, 27. September 1932 und den neuen Änderungen vom 17. Januar 1933.

Danach kann die Zwangsversteigerung eines Grundstücks auf längstens sechs Monate einstweilen eingestellt werden, wenn die Nichterfüllung der fälligen Verbindlichkeit auf Umständen beruht, die in der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung begründet sind und die abzuwenden der Schuldner nicht in der Lage war. Der Antrag ist abzulehnen bei überwiegendem Interesse des Gläubigers. Für die landwirtschaftlichen Betriebe war dieser Vollstreckungsschutz in der Verordnung ursprünglicher Fassung dahin verstärkt, daß der Vollstreckungsschutz auch über sechs Monate hinaus bis zum 30. September 1932 und auch bei an sich überwiegendem Interesse des Gläubigers (ordnungsmäßige Wirtschaftsführung vorausgesetzt) zu gewähren war.

Die Verordnung vom 14. Juni 1932 hat dann die Möglichkeit einer einmaligen erneuten Einstellung einer Zwangsversteigerung um weitere sechs Monate geschaffen. Andererseits hat die Verordnung eine Abschwächung des Vollstreckungsschutzes dahin gebracht, daß die einstweilige Einstellung, namentlich wenn die Zwangsversteigerung von einem Realkreditinstitut betrieben wird, grundsätzlich nur mit der Auflage gewährt werden soll, daß die während der Einstellungszeit fällig werdenden wiederkehrenden Leistungen erfüllt werden.

Die Verordnung vom 27. September 1932 hat sodann die Möglichkeit des qualifizierten Vollstreckungsschutzes für die landwirtschaftlichen Betriebe, die nach der ursprünglichen Fassung nur bis zum 30. September 1932 bestand, für die Folgezeit für gewisse Notstandsgruppen aufrechterhalten, und zwar für solche Betriebe, die von Unwetterschäden u. dgl. betroffen waren, sowie für solche, die unter einer besonders ungünstigen Preiskonjunktur zu leiden hatten.

Da die erste und die erneute Einstellung je sechs Monate liefen, würde der Vollstreckungsschutz für diejenigen Betriebe, die sich alsbald nach Inkrafttreten der Verordnung vom 8. Dezember 1931 unter den Schutz gestellt hatten, jetzt ablaufen, bei den landwirtschaftlichen Grundstücken erst im Frühjahr, da dort die erste Einstellung bis zum 30. September 1932 lief.

Die neue Verordnung sieht jetzt die Möglichkeit einer dritten Einstellung vor.

Die zweite und dritte Einstellung sollen aber ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner bei Stellung des Antrags mit wiederkehrenden Leistungen in Höhe eines vollen Jahresbetrages im Rückstand ist.

Landwirtschaftlichen Betrieben wird — im wesentlichen mit Rücksicht darauf, daß der Teil der Wirtschaftsperiode, in der der Schuldner erst wieder in der Lage ist, größere Erträgnisse zu erzielen, der kommende Herbst ist — ein erweiterter Vollstreckungsschutz gewährt, und zwar: Ausdehnung der Einstellungsdauer auch auf mehr als sechs Monate bis längstens 31. Oktober 1933; Unzulässigkeit der erneuten Einstellung erst bei Rückständen in Höhe von eineinhalb Jahresraten. Außerdem ist die in der Verordnung vom 27. September 1932 eng auf bestimmte von einem besonderen Preisrückgang betroffene Notstandsgruppen beschränkte Sonderregelung — Einstellung auch bei an sich überwiegendem Gläubigerinteresse und Freistellung von der Zahlungsauflage — dahin abgeschwächt, daß sie auch Betrieben gemischter Wirtschaft zugute kommt.

Endlich ist der Mobiliarvollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe, der nach ursprünglicher Verordnung vom 8. Dezember 1931 bis zur Ernte 1932 bestanden hatte, jetzt wieder für die Zeit bis zur Ernte 1933 eingeführt. Dieser Vollstreckungsschutz umfaßt das bewegliche Vermögen, das der Zwangsverwaltungsbeschlagnahme unterliegen würde, d. h. das Zubehör und die noch im Besitz des Schuldners befindlichen Erzeugnisse des Grundstücks. Voraussetzung für den Schutz ist, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen werden würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte benötigt. Der Schutz kann von der Unterstellung unter eine Aufsicht abhängig gemacht werden.

Bedeutung hat der erweiterte Schutz besonders für die Fälle, in denen ein Hypothekengläubiger die Mobiliarvollstreckung betreibt, oder in denen sie ein Kurrentgläubiger betreibt und ein interventionsbefugter Hypothekengläubiger nicht vorhanden ist; weiter kommt der Schutz besonders dem Pächter zugute. In einer Sondervorschrift ist jetzt dieser Schutz auf Wein ausgedehnt, der ausschließlich aus Trauben hergestellt ist, die im Betriebe des Schuldners gewonnen sind.

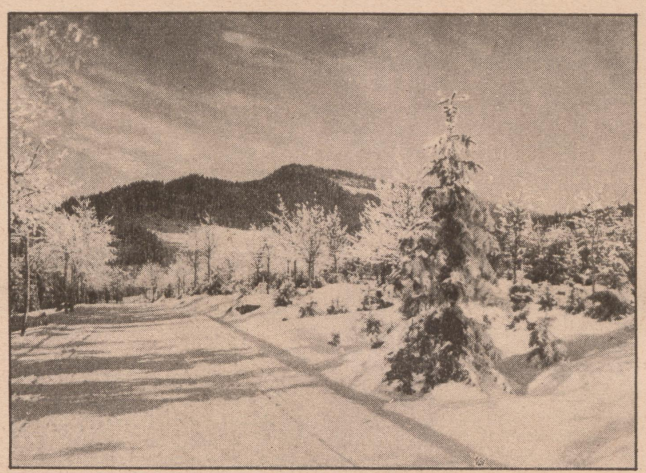
Durch die Verordnung vom 27. September 1932 ist für die Dauer des landwirtschaftlichen Vermittlungsverfahrens die Möglichkeit der Einstellung der Immobiliarversteigerung vorgesehen und die Mobiliarvollstreckung für Ansprüche auf laufende wiederkehrende Leistungen, Lohnansprüche und aus laufenden Betriebsschulden beschränkt.

Deutscher Bergwinter

Von Dr. Ernst Ewald Bayer

Die Entdeckung der Winterlandschaft ist eine der letzten Errungenschaften in jenem großen kulturgeschichtlichen Vorgange, den man als die Eroberung der Natur bezeichnet. Dieser Prozeß begann als Gedanke und als Gefühl in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wirksam zu werden. Zunächst wollte der Mensch die reine, unverfälschte Natur in sich selbst zur Geltung bringen, dann die erforschbaren Naturkräfte sich dienstbar machen. Zwischendurch setzte schon die Begeisterung für die schöne, heilkräftige und gemütsprägende Landschaft ein. Als man sich an den Ideallandschaften sattgesehen hatte, die in den fürstlichen Zierparks in die Wirklichkeit und in den Watteaubildern in die Kunst gezaubert waren, verliebte man sich in die Großartigkeiten der echten Natur und schwärmte für die Alpenlande, in denen sich die Schöpfung „nicht weniger allgewaltig offenbart als in den Dramen Shakespears", wie es der junge Goethe bei seiner ersten Schweizer Reise ausdrückte.

Bald ging die Bewunderung des Gebirges immer allgemeiner in die Kulturvorstellungen ein, in Deutschland wurden die Harzreisen sozusagen modern, auch Böhmer Wald und Schwarzwald fingen an, in der Naturbetrachtung eine Rolle zu spielen. Diese literarischen Schwärmereien lockten die genußfreudigen Besucher in immer größeren Scharen in die deutschen Berggebiete, die Fußwanderer durchstreiften Täler und Höhen, die Felsenburgen verklärten sich in romantischem Schimmer. Aber dieser neue Hang zur Bergnatur bleibt zumeist auf die „guten" Jahreszeiten beschränkt. Eine winterliche Gebirgsreise galt beinahe als abenteuerliche Expedition, von der man berichtete wie heute von der Besteigung des Himalaya. Der Winter wurde für die Liebhaberreise erst mit fortschreitender Zivilisation erschlossen, den Verkehrsschwierigkeiten im verschneiten Hochlande war man vorerst nur unter schweren Strapazen und großen Kosten gewachsen.



Schierke, Weg zum Brocken — Transocean-Gesellschaft

Die Huldigung vor der winterlichen Kultur als einer Quelle von Kraft und Schönheit wurde auch durch die neuaufkommende Neigung zur Meeresküste, zum Badestrand vorerst zurückgestellt. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde es Mode, im Hochsommer an die See zu fahren, wo sich nach und nach ein bürgerliches Gesellschaftsleben mit besonderem Saisoncharakter entwickelte. Die Badereise wurde ein feststehender Begriff, an sie wandte man seinen Urlaub und seine Ersparnisse.

Die Bergwelt verdankt ihre erneuerte und erweiterte Popularisierung durch die beiden letzten Generationen einerseits der verbesserten Verkehrstechnik, also einem äußeren Zuwachs an günstigen Möglichkeiten, andererseits einer wesentlicheren Zeiterscheinung, nämlich dem Aufkommen einer sportlichen Gesinnung. Der Sporttrieb entsprang dem Bedürfnis einer Jugend, deren städtisches Arbeitsdasein sich mehr und mehr in geschlossenen Räumen abspielte, und die ihre Freizeit deshalb zur körperlichen Ausarbeitung in frischer Luft benutzen wollte. Wo aber fand sie eine bessere Gelegenheit dazu als in den Bergen. Der sommerlichen Gipfelbesteigung folgte bald die Eroberung des winterlichen Gleitgeländes, und so entstand jene herrlich gesunde Betätigung, die den Sammelnamen Wintersport trägt. Diese Sportformen sind ihrem Ursprung nach reine Verkehrsmittel der Bergbewohner gewesen. Skilauf, Hörnerschlittenfahrt und das Rodeln gehörten zur winterlichen Fortbewegung der Einheimischen, die darin natürlich außerordentliche Fertigkeiten zeigten und diese als Zeitvertreib zu hoher Kunstübung brachten, die ihnen der städtische Wintergast abzulernen versuchte.

Jedenfalls war nun der Wintersport da, er wurde mehr als nur eine gesellschaftliche Mode, schon weil er an Nerven und Sehnen höhere Anforderungen stellte als das Geplätscher am Seestrand und die Waldwanderung. Die Ebene kannte seit alters her ein winterliches Vergnügen, nämlich den Eissport, vornehmlich das Schlittschuhlaufen. Das kältere Klima Norddeutschlands hatte den Eislauf schon von je begünstigt, auf den Binnengewässern wurde nach nordischem Vorbild das Eissegeln gern und sportgerecht betrieben. So besaß also auch die Ebene wintersportliche Traditionen, und die Verbindung zwischen der Winterluft des Flachlandes und den Sportarten im winterlichen Bergrevier war bald hergestellt.

Es mag zwanzig, dreißig Jahre her sein, da wurde die Rodelbahn auf den Hügeln der Niederungen gewissermaßen nur sportlich anerkannten Einrichtung. Während bisher nur jüngste Jugend mit kindlichem Juchhei den Abhang heruntergerutscht war, scheuten sich nun die Erwachsenen nicht mehr, den winzigen Handschlitten zu besteigen und die sausende Abfahrt zu wagen, die durchaus nicht gefahrlos war und dem Vorwitzigen manchen Unfall einbrachte. Inzwischen hatte man aus Wort und Bild der Zeitschriften und Prospekte ersehen, daß dieses Kindervergnügen sozusagen hoffähig geworden war, daß sich gesetzte und namhafte Leute nicht scheuten, die Kurvenrutschbahn zu benutzen und mit Schnellzugsgeschwindigkeiten im Bobschlitten die weißen Bergbahnen unsicher zu machen. Dann sah man im Wellengelände der Ebenen, draußen vor der Stadt die ersten Sportler auf „Schneeschuhen", wie man damals sagte; sie waren über Neujahr im Riesengebirge oder im Thüringer Wald gewesen und brachten die neue Sportsitte mit; man lachte, wenn man sie auf den langen Holzschienen über die Straße stolpern sah und staunte, wenn sie im Schwung von der Kuppe kamen, daß

der lose Schnee stäubte. Ja, das ist eigentlich zwanzig Jährchen her, wenigstens für die von uns, die näher dem Meere als den Bergen wohnten. Und damals erwachte in uns die Sehnsucht nach dem Winterparadies des Gebirges. So kam man in den richtigen



Winter im Harz, Molkenhaus — *Transocean-Gesellschaft*

Wintersport droben an den Bergsätteln und erlebte die Wunder einer unbekannten Welt, eine sonst kaum erreichbare Gemeinsamkeit von Körperstählung und Naturgenuß. Man pries die Mittel- und Süddeutschen glücklich, für die diese Berge als Sonntagsausflug erreichbar waren.

Inzwischen ist der Wintersport längst zu einer echten Volksangelegenheit geworden und nicht mehr auf die Anwohner der Gebirgshöhen und auf die Inhaber voller Geldbeutel beschränkt. Das deutsche Organisationstalent hat sich der Verkehrsfragen gründlich angenommen, und aus dem ganzen Reiche fahren zwischen Weihnachten und Ostern die Züge mit den Wintersportlern bergan. Die Not der Zeit beseitigt schon selbst etwaige kostspielige Übertreibungen, auf die zu verzichten einen Gewinn bedeutet, weil Herz und Auge mehr erquickt werden, wenn man sich zu einem gewissen Spartanertum erziehen muß. Zum Wintersport gehört die Strapaze, und zur Anstrengung gehört die Ruhe. Die Zahl derer, die in diesen wirtschaftlich so harten, schlimmen Jahren einer Luftveränderung für die Nerven und einer Seelenbelebung durch die Trösterin Natur bedürfen, ist größer denn je zuvor, und zur inneren Befreiung sorgengequälter Menschen eignet sich die schöne und heilende Umgebung am besten, wenn kein luxuriöser Übermut sie stört.

Der deutsche Winter besitzt vor dem nordischen und südländischen die besonderen klimatischen Vorzüge der gemäßigten Zone. Wir leiden nicht unter den eisigen Schneestürmen und der Finsternis der höheren Breitengrade, auch nicht unter den Nebeln der atlantischen Nähe oder dem nadelscharfen Sprühregen Südeuropas. Der silbrige Rauhreif auf Feld und Baum und Dach ist eine der lieblichsten Eigenarten unserer Flach- und Wellenlandschaft, während unsere Bergzonen zum allergrößten Teil von Eiswüsten und Lawinengefahr freibleiben und damit dem menschlichen Fuße erreichbar sind. Es ist der Vorzug des Mittelgebirges, daß sich die Winternatur nicht bis zur elementaren Wildheit übersteigert, daß



Oberammergau, Blick auf den Kofel — *Techno-Photh.-Archiv, Hans Herzberg*

der Genuß des Schneewunders nicht ins Grausen übergeht. Die meisten deutschen Gipfel und Kämme lassen sich ohne Rekordleistungen, ohne sporttechnisches Spezialistentum ersteigen. Die Aufgabe des Sportes soll vor allem andern die Förderung der Volksgesundheit sein, die Züchtung von athletischen Ausnahmemenschen hat eine viel geringere öffentliche Bedeutung. In den deutschen Wintersportplätzen pflegen sich ja auch die Wettbewerbe in Grenzen zu halten, die dem geübten Amateur die Teilnahme ermöglichen, ohne daß er Leben und Gesundheit aufs Spiel zu setzen braucht.

Die Sommerreise kann, wie wir wohl alle aus irgendwelchen trüben Erfahrungen wissen, so jammervoll verregnen, daß man zähneklappernd und gelangweilt seine heimischen vier Wände mit ihrem vielseitigen Behagen herbeisehnt. Die Winterreise aber kann nicht in ähnlicher Weise verschneien, denn die Schneeflocken um Mütze und Stiefel gehören durchaus ins Milieu. Der Wintertraum zerrinnt ja gerade dann, wenn es nicht schneit. Da kann sogar der schönste Sonnenschein nichts helfen. Solange man den grauen Erdstaub unter den Sohlen hat, will man seine Naturumgebung nicht als Winterlandschaft anerkennen. Aber man kann im winterlichen Gebirge ohne größere Umstände der Enttäuschung entfliehen, man braucht sich nur ein paar hundert Meter höher hinauf zu begeben, um in die Region von Schnee und Frost zu kommen. Wir finden gerade in unseren Mittelgebirgen viele leicht überwindbare Höhenunterschiede, besonders im Riesengebirge, Thüringer Wald und Erzgebirge, während man etwa im Schwarzwald, im Harz und Taunus durch abwechslungsreichere Waldungen mit wunderbarer Bereifung für gelegentlichen Ausfall des Sportlebens entschädigt wird. Die Großartigkeit der bayerischen Voralpen zeigt sich im Winter in besonderer Erhabenheit; sie läßt auch den Wintersportler kaum jemals im Stich.



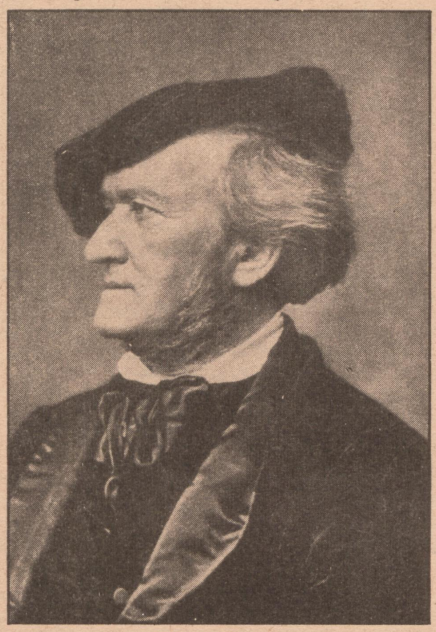
Thüringen, Oberhof im Schnee — *Scherls Bilderdienst*

Neben der Schneefrage liegt dem Bergwintergast noch die Höhensonne am Herzen, und zwar nicht nur wegen der Aussicht und des Glitzerns der diamantenen Eiszapfen, der Perlenschnüre an den Zweigen, sondern auch um der besonderen Heilkraft willen, die man den Himmelsstrahlen der Bergzonen zuschreibt.

In den deutschen Mittelgebirgen treibt es freilich auch die pralle Sonne nicht allzu arg, hier sorgt die Natur für eine Art Selbstausgleich, der das unvernünftige Zuviel des licht- und lufthungrigen Menschen korrigiert. Man sagt den Gebirgszügen, die sich von den Sudeten bis nach Westdeutschland hinüberziehen, überreichliche Nebeltage nach, und manche glauben, den kalten, feuchten Nebeldünsten bis in die höchsten Höhen des Südens entfliehen zu müssen. Indessen handelt es sich hier zumeist um eine jener Wunschlegenden und Stimmungen, denen ein Reiseliebhaber immer leicht unterliegt: es soll woanders, wohin man eigentlich zu reisen vorhatte, bestimmt noch besser sein. Kommt man aber hin, so stellt sich heraus, daß es eigentlich am früheren Ziel beinahe besser war. Auf Nebel und andere Nachteile kann man überall treffen. Die Gebirgsnatur im Winter bietet aber von allen Erholungsfahrten das geringste Wetterrisiko.

Das Winterleben in den einzelnen deutschen Berggebieten gesondert zu schildern, ist zweifellos weniger ergiebig als die individuelle Darstellung sommerlicher Landschaft. In den weißen Schmuckkleidern von Schnee und Eis gleichen sich die Höhengaue einander an, und man beginge mit einer Preisverteilung schon ein kleines Unrecht. Auch das Volkstum der Gebirgsmenschen verschiedener deutscher Stämme zeigt mehr verwandtschaftliche Züge als bei entfernt wohnenden Volksgenossen der Ebene. Deshalb verliert aber das Hochland keineswegs die feinen Eigenheiten und Einmaligkeiten. Wer erst einmal das Wintergebirge an und für sich entdeckte, wird immer wieder neue Talidyllen, Gipfelarchitekturen und heimatliche Artungen aufzufinden vermögen.

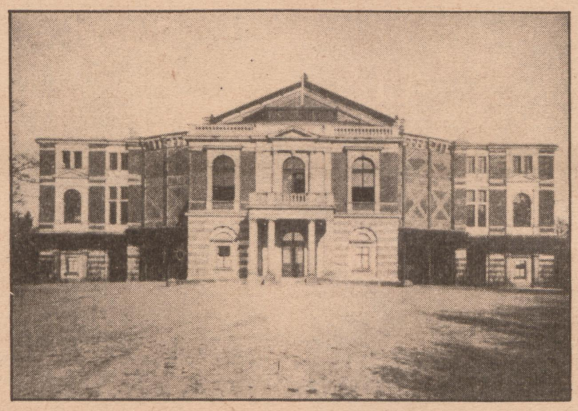
Richard Wagner der Deutsche / Von Professor Dr. Wolfgang Golther-Rostock



Richard Wagner

Die Geschichte der Musik im 19. Jahrhundert ist das Zeitalter Beethovens und Wagners, die als überragende Großmeister herrschen. Was neben und nach ihnen wirkt, mag es groß oder klein, bedeutend oder unbedeutend, erfreulich oder unerfreulich sein, steht jedenfalls in weitem Abstand von diesen Führerpersönlichkeiten. Gerade unserer Zeit, die über Grundbegriffe deutscher Art und Kunst in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verworren und unklar urteilt, muß immer wieder vorgehalten werden, was solche Meister bedeuten. Zwei geprägte Formeln umschreiben die richtige und falsche Einstellung: „Richard Wagner in Bayreuth" und „Der Fall Wagner, ein Musikantenproblem". Die geschworenen und geborenen Feinde Wagners halten sich immer wieder nur ans Musikantenproblem, um daraus heute den Schluß zu ziehen, daß der Streit um Wagner längst zu seinen Gunsten entschieden sei, daß aber sein Werk der Vergangenheit angehöre, geschichtlich geworden sei, während die Gegenwart einer neuen Kunst (?) sich zuwende. „Zurück zur Oper", „zurück zu Mozart" sind Schlagworte, durch die man Wagner „überwinden" will!

An Gedenktagen müssen wir allen, die es zu wissen behaupten, ins Gedächtnis rufen, was Wagner gewollt und was er erreicht hat. Seit Entstehung der Florentiner Oper um 1600 war die inkräftig notwendige Verbindung von Dichtkunst und Tonkunst mit heißem Bemühen erstrebt und in der späteren Oper zugunsten der Kehlfertigkeit des Sängers und der Formkunst des Tonsetzers, zum Nachteil der Dichtung, die eine „gehorsame Dienerin der Musik" sein sollte, entschieden. Wenn der Opernkomponist das Drama zum Mittel und Vorwand seiner Kunst benutzte, wie Wagner in seiner Schrift über Oper und Drama ausführte, so empfanden die klassischen und romantischen deutschen Dichter eine tiefe Sehnsucht nach dem Ausdrucksmittel innerster Gefühle dort, wo das gesprochene, verstandesmäßige Wort versagte. Schiller hatte zur Oper das Vertrauen, daß aus ihr, wie aus den Chören des griechischen Bacchusfestes, das Trauerspiel in einer edleren Gestalt sich loswickeln sollte. Seine musikalisch-dramatischen Entwürfe, die Mitwirkung der Musik in seinen Dramen, die der „Braut von Messina" vorausgeschickte Abhandlung über den Gebrauch des Chores im Drama zeigen, was er meinte. Noch deutlicher sprechen die Romantiker! E. T. A. Hoffmann: „Das ist das wunderbare Geheimnis der Tonkunst, daß sie da, wo die arme Rede versiegt, erst eine unerschöpfliche Quelle der Ausdrucksmittel öffnet." H. v. Kleist klagte, die Sprache tauge nicht dazu, „die Seele zu malen". Jean Paul schrieb am 24. November 1813, sechs Monate nach Wagners Geburt, in Bayreuth die ahnungsvollen Worte: „Bisher warf der Sonnengott die Dichtergabe mit der Rechten, die Tongabe mit der Linken zwei so weit auseinanderstehenden Menschen zu, daß wir noch bis auf diese Stunde des Mannes harren, der eine echte Oper zugleich dichtete und setzte." Durch seine einzigartige, vielleicht nie wiederkehrende Begabung ward Wagner zum Erfüller dieser Sehnsüchte, zum Wort-Tondichter, zum Schöpfer des deutschen Dramas aus dem Geiste der Musik. Chamberlain faßte diese Tatsache in die Worte zusammen: „Die erste und unerläßlichste Einsicht ist, zu begreifen, daß Wagner von allem Anfang an dramatischer Dichter war; die zweite, daß seine dramatische Begabung von Hause aus in einem besonderen individuellen Gestaltungstriebe sich kundgab, bei welchem Wort und Ton als gleich notwendig sich betätigten." Anlage und Form dieses musikalischen Dramas mußten sich ebensosehr von der Oper wie vom gesprochenen Drama unterscheiden; es war so neu und eigenartig, daß die herkömmlichen literarischen und musikalischen Maßstäbe nicht ausreichten, um es zu verstehen und gehörig einzureihen. „Ein Literat kann mich nicht begreifen: nur ein voller Mensch oder wahrer Künstler." Noch viel weniger als der Literat war der zünftige Musiker dazu imstande. In den Frühwerken „Feen", „Liebesverbot", „Rienzi" sah Wagner das ihm damals bereits unbewußt vorschwebende musikalische Drama noch durch die „Opernbrille", woraus bei Sängern, Kapellmeistern und Zuhörern Mißverständnisse entstanden, die noch immer nachwirken: man betonte einseitig die äußerlich opernhaften Formen und übersah geflissentlich das Drama, das durch sinnlose Striche völlig unkenntlich gemacht wurde. Vom „Tristan" ab war eine Verwechslung mit der Oper nicht mehr möglich. Mit der Dichtung des „Rings" war Wagner in die „Periode des bewußten künstlerischen Wollens auf einer vollkommen neuen, mit unbewußter Notwendigkeit eingeschlagenen Bahn" eingetreten, an deren Ende das Bayreuther Festspiel steht. In den Züricher Kunstschriften war er sich selber erst über seine Ziele klar geworden. Das „Kunstwerk der Zukunft" ward in Bayreuth Gegenwart und lebt mit ungeschwächter Wirkung noch heute fort.

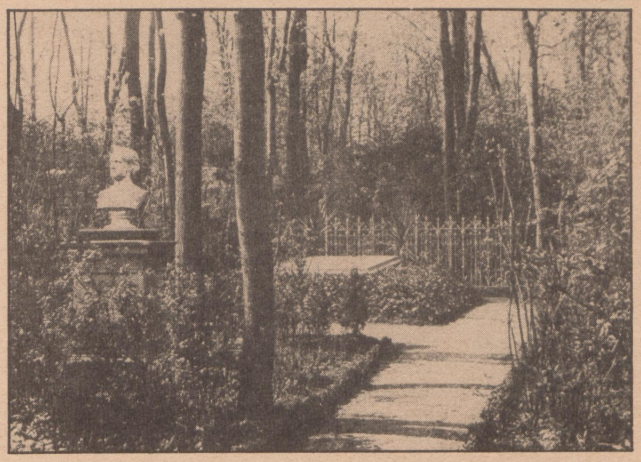


Bayreuth, Festspielhaus

Als Musiker knüpft Wagner zunächst an Beethoven an, der ihn von den ersten Jugendeindrücken bis ins Alter als Führer und Vorbild begleitete, ohne daß jemals äußerliche Nachahmung sich ergab. Wagners Verehrung für Beethoven ist auf die Anschauung vom Wesen der Musik begründet. Beethoven erhob die Tonkunst trotz Beibehaltung überkommener Formen zum Ausdrucksmittel seelischer Vorgänge, er war nach Wagners Auffassung immer Tondichter. Im Geiste des klassischen Zeitalters ist er aufs allgemein Menschliche gerichtet, während sich bei Wagner über Weber in der Tonkunst die Wendung zum völkisch Deutschen vollzog. Beethoven blieb reiner Musiker, wenn er auch mit der Egmont-Musik zum Drama, mit der „Leonore" zur Oper strebte. Wagner leitete den „ganzen reichen Strom, zu dem Beethoven die Musik anschwellen ließ, in das Bett des musikalischen Dramas". Damit griff er weit über die Grenzen der Musik hinaus in die deutsche Dichtung, in die musikalische Vortragskunst, in die Bühnengeschichte und Bühnenbaukunst, in die Theaterkultur; noch höher mit dem Gedanken von Bayreuth, dem sinnvollen Wahlspruch der sittlichen Weltanschauung des „Parsifal" und der letzten Schriften, in die deutsche Geistesgeschichte! Das Drama Wagners ist schon als

bloße Dichtung im Aufbau der Handlung, in den einzelnen Gestalten, in der Sprache, in der bildhaften Anschaulichkeit erhaben, schön und groß. Was die Romantiker anstrebten, die lebensvolle Wiedererweckung mittelalterlicher Sage, gelang ihm, daß wir heute diese Stoffe nur so, wie er sie sah und umschuf, kennen. Wer die Quellen eingehend vergleicht, bewundert die meisterhafte Gestaltungskraft in Auswahl und Neufügung. Die Edda-Lieder erscheinen im Vergleich zum „Ring" wie versprengte Trümmer einer Ureinheit, die aber Wagners selbständige Neuschöpfung ist. „Tristan" und „Meistersinger" nacheinander erweisen die Vielseitigkeit des Dichters, der seine eigenen seelischen Erlebnisse zwanglos und feinfühlend einverwebt. Erlebnis und Dichtung ist die Voraussetzung des ganz großen ergreifenden Meisterwerkes. Das mit der Überlieferung verbundene Erlebnis wird dadurch unpersönlich, ein Gleichnis des Lebens in höchster künstlerischer Vollendung, wofür wieder „Tristan" und „Meistersinger" Kronzeugen sind. Die „Meistersinger" im Verhältnis zum „Tristan" sind genau die „deutsche Komödie", die Schiller in seiner Abhandlung über naive und sentimentalische Dichtung andeutete: „Sie würde alle Tragödie überflüssig machen. Ihr Ziel ist, frei von Leidenschaft zu sein, immer klar, immer ruhig um sich und in sich zu schauen, überall mehr Zufall als Schicksal zu finden und mehr über Ungereimtheit zu lachen, als über Bosheit zu zürnen oder zu weinen." Schiller fordert also von der deutschen Komödie jene göttliche Ruhe und Heiterkeit, die, wie Hans Sachs, über alle irdischen Wirren hinwegzulächeln vermag. Sie beruht auf Überwindung der tragischen Weltanschauung, wie „Meistersinger" dem „Tristan" folgen. Es war Schiller nicht vergönnt, das ihm vorschwebende Ziel zu erreichen: er starb im Alter von 45 Jahren, während Wagner im Alter von 49 Jahren seinen Hans Sachs dichtete, in völlig geklärter und gereifter Lebenserfahrung. Diese dramatischen Dichtungen sind durch die Musik, durch das „tönende Schweigen" beseelt. Die Gefühlswelt der Handelnden enthüllt sich den mit musikalischer Seele begabten Zuhörern wortlos und weiht sie zu Mitwissenden und Miterlebenden durchs Gefühl. Die einst als formlos verschriene Musik Wagners wird heute in Aufbau und Durchführung ihrer harmonischen Tiefe und melodischen Linie als Meisterwerk der Form erkannt und bewundert. Wagner bezeichnet einmal seine Dramen als „ersichtlich gewordene Taten der Musik". Dieses deutsche Drama bedurfte einer neuen Darstellung und Vortragsweise, musikalischer Schauspieler statt Opernsänger, eines nachschaffenden, geistig hochstehenden Dirigenten statt des einstigen Taktschlägers, eines durch die Musik bis ins einzelne geregelten Spiels. Die Partitur ist eigentlich nur die äußere und innere Spielweisung für alle Mitwirkenden. Das Bayreuther Festspielhaus ist das für dieses Drama notwendige deutsche Schauhaus an Stelle des italienischen Opernhauses, dessen barocke Prunkformen im alten markgräflichen Bayreuther Opernhaus zu sehen sind.

Hätte Wagner nur die allen Opernvorstellungen gleichermaßen zugute kommende musikalisch-dramatische deutsche Vortragskunst ins Leben gerufen, so wäre seine Tat allein schon unvergänglich. Dieser Vortrag ist die notwendige Forderung seiner Werke, die in jeder stilgemäßen deutschen oder ausländischen Wiedergabe so herrlich wie am ersten Tage sind, ja mit Verfeinerung und Vertiefung des Stiles, wie jedes Festspiel erweist, an unmittelbarer Wirkungskraft noch immer gewinnen. Wagners große geschichtliche Tat ist die Überwindung der bisher geübten Nachahmung fremder Vorbilder in deutscher Musik und Bühnenkunst. Kein deutscher Meister hat sich trotzdem, vielmehr gerade deshalb, nach anfänglichen Widerständen im Ausland so durchgesetzt wie Richard Wagner, der der deutschen musikalisch-dramatischen Tonkunst Weltgeltung errang, in dem Sinne, wie er 1870, im deutschen Siegesjahr, seine Beethovenschrift mit den Worten beschloß: „Dem Weltbeglücker gehört der Rang noch vor dem Welteroberer."



Wagners Grab im Garten des Hauses Wahnfried



Szenenentwurf aus „Parsifal": Die Gralsburg (1882)

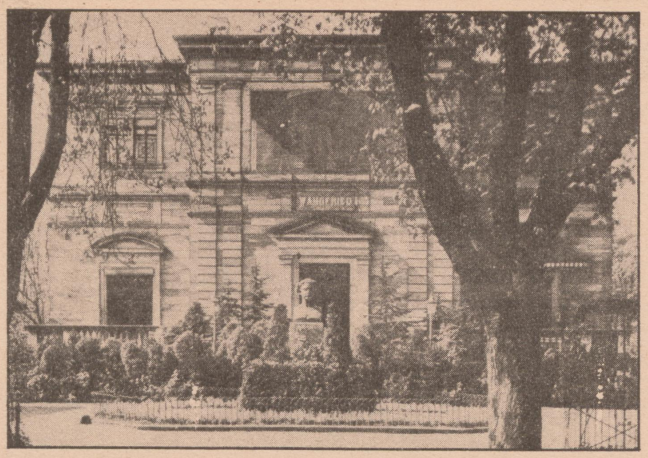
Beethoven-Jahr, Goethe-Jahr, Wagner-Jahr — Stimmen der Geister, Stimmen der Meister, die als unvergängliche Sterne in die Nacht unserer Zeit leuchten! Wir blicken in Ehrfurcht zu ihnen auf. „Kritische Betrachtungen", die Merkertafel Beckmessers mit der Frage, was ihre Werke unserer Zeit bieten, ob sie überhaupt noch zeitgemäß sind, werden durch einfache Tatsachen der immer begeistert aufgenommenen Vorstellungen in Deutschland und im Ausland, vor allem durchs Bayreuther Festspiel, das 57 Jahre hindurch alle Stürme überstand, widerlegt und erscheinen sinnlos. Das wahre und große Meisterwerk steht über Zeit und Raum.

„Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen."
Das Wunderbare ist, daß diese deutschen Meister sich zu einer hohen Gemeinschaft zusammenschließen, weil sie urechte Wesensäußerungen deutschen Geistes sind. Für Wagner gilt auch das Goethewort auf Schiller:

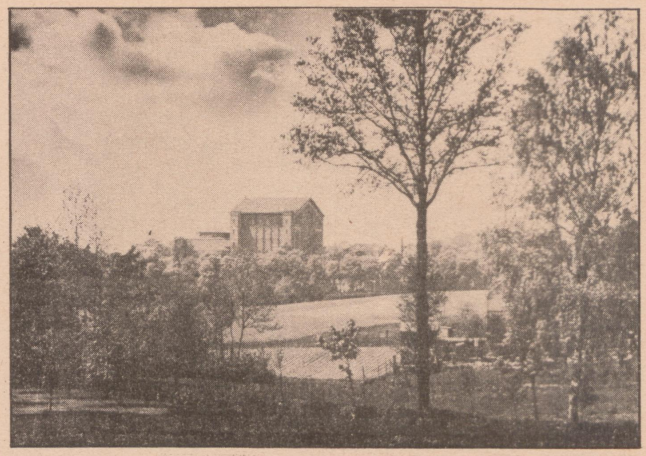
„Zum Höchsten hat er sich emporgeschwungen,
mit allem, was wir schätzen, eng verwandt.
So feiert ihn!"

Die Wagnerstadt Bayreuth / Von Dr. Franz W. Beidler

Als mein Großvater Richard Wagner sich nach dem endgültigen Scheitern aller Münchener Pläne zu Beginn der siebziger Jahre nach einer Stadt für sein „Festspielhaus" umsah, fehlte es nicht an Angeboten. Baden-Baden, Mannheim, Reichenhall hatten sich ausdrücklich beworben, und auch mehrere andere Städte wären bereit gewesen, das große Risiko des „Zukunftstheaters" mit auf sich zu nehmen. Dabei galten Wagners Nationaltheaterpläne damals noch ganz allgemein als unausführbare Träume, als lächerlich und abgeschmackt. Es war keineswegs ein sicheres Geschäft, „Wagnerstadt" zu werden. Die um so erstaunlichere kommunale Unternehmungsfreude läßt sich nur auf dem Untergrund des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland nach 1870 verstehen und vermittelt, wenn man sich alle Faktoren klarmacht, einen anschaulichen Begriff von dem Optimismus der sogenannten „Gründerjahre".



Bayreuth, Haus Wahnfried



Blick auf das Festspielhaus

Wagner wußte, worauf es ankam: „klein abgelegen und unbeachtet" mußte die Stadt seiner Wahl sein. Keine anderen Götter durfte sie haben neben der Festspielidee. Nur eine Kleinstadt ließ sich vollkommen in den Festspielrahmen einspannen. Abgelegen von den großen Verkehrslinien mußte sie sein, denn zum Festspiel gehört die Wallfahrt. Je unbeachteter sie war, desto sicherer kam ihr Name nur als Festspielstätte in aller Munde, wenn der Versuch gelang. Hinzu kam die Erwägung, daß es nur mit Hilfe des großen Patrons Ludwig II. gelingen konnte, das Festspielhaus durchzusetzen. Also hieß es, in Bayern bleiben.

Es war ein äußerer Umstand, beinahe ein Zufall, der nach Bayreuth wies. Wagner hatte in Erfahrung gebracht, daß dort ein großes „Opernhaus" unbenutzt vorhanden sei. Vielleicht ließ es sich umbauen, dann ersparte man zunächst den Bau eines neuen Hauses. Das stellte sich zwar auf den ersten Blick als unmöglich heraus, aber dafür trafen hier die bekannten anderen Voraussetzungen geradezu ideal zusammen. Die abgelegene, verträumte Kleinstadt hatte wohl so etwas wie eine Vergangenheit, aber keine Gegenwart, die sich mehr als lokaler Beachtung wert erwies.

Es ist die Vergangenheit der Residenzstadt, die sich auf Schritt und Tritt bemerkbar macht. Die Markgrafen von Ansbach und Bayreuth, Souveräne bis 1791, haben im Laufe des 18. Jahrhunderts die städtebauliche Anlage bestimmt und der Stadt die Spuren ihrer duodezfürstlichen Herrlichkeit eingezeichnet. Sie ließen jenes Opernhaus erbauen und, versteht sich, vom ersten Theaterbaumeister der Zeit, einem Italiener, ausstatten. Kleine Sonnenkönige, ließen sie Gärten, Schlösser und Paläste entstehen, aus deren Größe und Prunk man aber leider nur auf den umgekehrt proportionalen Lebensstandard der Untertanen ihres Ländchens schließen kann. Das Aussehen der Stadt ist, von dem gelegentlich etwas talmihaften Rokokoglanz abgesehen, dabei nicht schlecht gefahren, und die städtische Baupolitik unserer Tage versucht nicht ohne Geschick, durch Anknüpfung an die großzügige städtebauliche Linie der Markgrafen der systemlosen Verschandelung entgegenzuwirken, die die industrielle Entwicklung des 19. Jahrhunderts wie überall, so auch hier, angerichtet hat.

Sonst war vom Leben dieser Zaunkönigskultur nichts übriggeblieben. Das geistige Zwischenglied zur Wagnerzeit bildet ein Stück bürgerlicher Geistigkeit: Jean Paul, der im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts in Bayreuth lebte und dort begraben liegt. Seltsamer Zusammenhang! Er hatte dem Sonnengott die Zukunftsaufgabe gestellt, einen Mann zu erschaffen, der eine wirkliche Oper zugleich dichtet und komponiert. Ein halbes Jahrhundert später läßt der so Vorausgeahnte von derselben Stadt aus sein Werk den Siegeszug durch die Welt antreten.

Verständnisvolle Bereitwilligkeit der liberalen Führer der städtischen Geschicke lassen im Zusammenwirken mit der Förderung des Bayernkönigs und getrieben von Wagners dämonischer Energie in kurzer Frist auf jenem Hügel über der Stadt das als provisorischen Notbau gedachte Festspielhaus entstehen. Am 22. Mai 1872 wird schon die Grundsteinlegung gefeiert mit einer Aufführung von Beethovens Neunter in jenem alten Opernhaus. In seiner Ansprache ließ sich Wagner die symbolhafte Deutung jenes Ereignisses nicht entgehen: in dem Raum, der hundert Jahre zuvor ausschließlich der fürstlichen Verpflanzung von „welschem Dunst und welschem Tand in deutsches Land" gedient hatte, erklang nun Beethoven, von deutschen Musikern gespielt, von deutschen Sängern gesungen, als Auftakt einer neuen Epoche deutscher Theaterkultur.



Bayreuth, Straßenbild



Bayreuth, Schloßgarten

Wagner hat nur zweimal die Festspiele selbst veranstaltet, 1876 und, unter gänzlich veränderten organisatorischen Voraussetzungen, 1882, dem Jahre der Uraufführung des Parsifal. Den Weltruf der Wagnerstadt hat Bayreuth erst in den beiden Jahrzehnten nach Wagners Tod errungen. In immer steigenden Ausmaßen sah es das große Publikum der ganzen Welt zur Zeit der sommerlichen Festspielwochen in seinen Mauern. Freilich zog damit auch in die stille Stadt so manche Äußerlichkeit der Fremdenindustrie und des Geschäftskitsches ein, die dem Ruf der Wagnerstadt geschadet hat.

Bayreuth trägt mit seinen 35 000 Einwohnern heute den Mischcharakter einer Beamten- und Industriestadt. Bis zu diesem Jahre ist es Sitz der Kreisregierung von Oberfranken, die jetzt im Zusammenhang mit der bayerischen Verwaltungsreform nach Ansbach übersiedelt. So gewinnt die Stadt gerade in diesem Jahre noch eindeutiger ihre in die Ferne wirkende Bedeutung als: die Wagnerstadt. Die Erhaltung, der Ausbau und vor allem eine den privatwirtschaftlichen Rahmen sprengende organisatorische und künstlerische Untermauerung der Festspiele wird immer mehr zur Lebensfrage der Stadt, über deren ausschlaggebende Bedeutung sich alle Schichten der Einwohnerschaft trotz aller sonstigen politischen und sozialen Gegensätze einig sind.

Zur Zeitgeschichte

Um den Arbeitsdienst

Nach der Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Jahre 1931 und nach seinem Ausbau im Sommer des Jahres 1932 hat die Zahl der beschäftigten Arbeitsdienstwilligen in beschleunigtem Tempo zugenommen. Die Kurve ist steil angestiegen. Ende August 1931 waren 106 Arbeitsdienstwillige beschäftigt, Ende Dezember 1931 rd. 6800, am 30. Juni 1932 rd. 74 500, Ende Dezember 1932 schließlich 242 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß aus Saisongründen Ende Dezember bereits ein gewisser Rückgang eingetreten war. Die Höchstzahl lag auf 285 000.

Um die weitere Entwicklung des Arbeitsdienstes ist bis in die jüngste Zeit lebhaft debattiert worden. Auch der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags hat sich kürzlich mit dieser Frage beschäftigt. Dabei hat es nicht an Stimmen gefehlt, die den Ausbau zur allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht befürworteten. Dem wurden von anderer Seite eine Reihe von Argumenten entgegengehalten: die moralischen Kräfte der Freiwilligkeit müßten als besonders wertvoll erhalten bleiben; auf ihrem Boden gedeihe auch der Geist der Kameradschaft am besten; zwangsweise Einfügung von Jugendlichen in Arbeitsdienstlager könne nur zu leicht dazu führen, die Kameradschaftlichkeit zu zerstören. Wie solle man ferner für ganze Jahrgänge junger Leute zusätzliche Arbeit finden, die ohne Schädigung der freien Wirtschaft und des offenen Arbeitsmarktes durchgeführt werden könne? Und schließlich die Finanzfrage! Darüber gab der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup überaus interessante Aufschlüsse. Jeder Arbeitsdienstwillige kostet demnach 1000 RM. im Jahre. Bei Einführung der Arbeitsdienstpflicht müßte nun berücksichtigt werden, daß ein Jahrgang Pflichtiger etwa eine halbe Million Menschen umfaßt. Gleichzeitig würde es jedoch erforderlich sein, für Jugendliche weiterer Jahrgänge daneben auch den freiwilligen Arbeitsdienst zuzulassen. Rechnet man also bei Einführung der Arbeitsdienstpflicht mit zwei Jahrgängen, d. h. mit einer Million Jugendlicher zu je 1000 RM. im Jahr, so ergibt sich eine Ausgabe von 1 Milliarde jährlich. Alle diese und ähnliche Gründe haben den Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags veranlaßt, einen Antrag auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht abzulehnen.

Der Arbeitsmarkt im Januar 1933

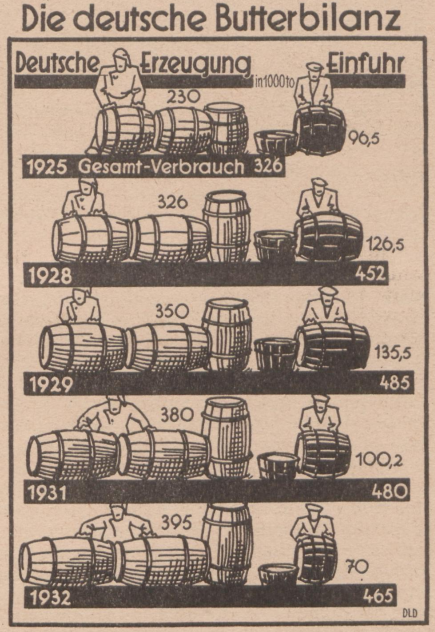
Mit dem Einsetzen starken Frostes hat das saisonübliche Anwachsen der Arbeitslosigkeit naturgemäß stärkeren Umfang angenommen: In der ersten Januarhälfte ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen auf 5 966 000 gestiegen. Der Zuwachs betrug seit Beginn des neuen Jahres 193 000, aber er blieb um mehr als 100 000 hinter dem Anwachsen zurück, das in der gleichen Zeit des Vorjahres zu verzeichnen war. Die Tendenz ist also auch im Januar die gleiche geblieben wie in den vorangegangenen Winterwochen: unter den Einflüssen der ungünstigen Jahreszeit steigt die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen, aber der Zuwachs ist in jedem Berichtszeitraum geringer als ein Jahr zuvor.

Im Jahre 1931 wurde der Tiefpunkt der Erwerbslosenkurve Ende Juni bei der Ziffer 3 954 000 erreicht. Im Jahre 1932 war zur gleichen Zeit ein Bestand von 5 475 000 Arbeitslosen vorhanden, der sich aber entgegen der Entwicklung in den vergangenen Jahren bis Ende September noch weiter bis auf 5 103 000 verringerte. Vergleicht man den Stand vom 15. Januar 1933 mit dem des Hochsommers 1932, so ergibt sich eine Vermehrung der Erwerbslosenziffer um rund 490 000, während ein Jahr vorher in der entsprechenden Zeit die Erwerbslosigkeit um 2 012 000 auf 5 966 000 stieg. Zum erstenmal trifft sich am 15. Januar 1933 die Kurve, die die Arbeitslosigkeit anzeigt, mit der eines früheren Jahres. Die Überhöhung gegenüber früheren Jahren, die bisher fünf Jahre lang in jedem Berichtszeitpunkt festzustellen war, ist zum ersten Mal verschwunden.

Diese relativ günstigere Entwicklung wird auch unterstrichen durch die Entwicklung der Beschäftigtenziffer, die freilich immer nur für einen zurückliegenden Zeitpunkt registriert werden kann, weil die Berichte der Krankenkassen später eingehen als die der Arbeitsämter. Am 30. November 1932, am Ende des letzten Berichtszeitraums, betrug die Zahl der Beschäftigten 12 699 000. Gegenüber dem Höchststand des Jahres 1932, der bezeichnenderweise erst Ende Oktober festzustellen war, betrug der Rückgang 207 000. Gegenüber dem niedrigsten Stand der Beschäftigtenzahl, der Ende Februar 1932 mit 11 928 000 Beschäftigten erreicht wurde, betrug der Zuwachs 771 000. Auch diese Zahlen beweisen, daß der seit Beginn des Winters erfolgte Rückgang der Beschäftigtenzahl lediglich auf Einflüsse der Jahreszeit zurückzuführen ist und daß eine Verschärfung der Krise nicht mehr erfolgt ist. Beschäftigten- wie Arbeitslosenziffern führen zu dem gleichen Ergebnis: daß die Wirtschaftslage seit dem Herbst des letzten Jahres die Hoffnung auf fortschreitende Besserung gerechtfertigt erscheinen läßt. St.

Deutsche Markenbutter

Zu einem Zeitpunkt, in dem die deutsche Fettwirtschaft vor schwerwiegende Entscheidungen gestellt ist, ist es von Interesse, die Lage auf dem deutschen Buttermarkt zu betrachten. Das Ausland hat in den Nachkriegsjahren seiner Exportbutter fast allgemein den Charakter einer Markenware gegeben, und die deutsche Landwirtschaft führt gegen diese Konkurrenz seit Jahren einen zähen Kampf. Am schärfsten und erfolgreichsten nahm die Landwirtschaft der Provinz Schleswig-Holstein den Kampf mit der ausländischen Qualitätskonkurrenz auf, unterstützt durch gute landwirtschaftliche und klimatische Vorbedingungen. Die Erzeugung von Qualitätsbutter in Schleswig-Holstein hat bereits im Jahre 1925 durch Einführung der Buttermarke von seiten der Landwirtschaftskammer einen starken Auftrieb erfahren. Trotz der schlechten Preisentwicklung für Molkereierzeugnisse und der nicht unerheblichen Mehrbelastung, die die Kontrollen mit sich bringen, steigt der Anteil der Markenbutter an der gesamten Produktionsmenge der Provinz von Jahr zu Jahr. Zur Zeit sind in Schleswig-Holstein rund 300 Molkereien der amtlichen Butterkontrolle unterstellt. Bei einer Gesamtbuttererzeugung in Schleswig-Holstein von etwa 260 000 dz — das ist mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Einfuhrkontingents an Butter — beträgt die Gesamterzeugung an Markenbutter etwa 145 000 dz.



Auf Grund der vorzüglichen Erfahrungen, die man mit der schleswig-holsteinischen Markenbuttererzeugung gemacht hat, sind im Laufe der folgenden sieben Jahre, von 1925 bis 1932, insgesamt fünfzehn Länder bzw. Provinzen zur Erzeugung von Markenbutter übergegangen mit dem Erfolg, daß heute mehr als 15 v. H. der deutschen Gesamtbuttererzeugung aus Markenbutter besteht. In vielfacher Hinsicht war es bisher als eine Erschwerung des Absatzes anzusehen, daß für die Markenbutter der verschiedenen Länder und Provinzen, offenbar infolge der verschieden gelagerten Erzeugungsverhältnisse, keine einheitliche Gütebestimmung vorhanden war. Nunmehr ist es gelungen, Einheitsbestimmungen für die gesamte deutsche Markenbuttererzeugung aufzustellen, so daß seit kurzem für die deutsche Markenbutter einheitliche Mindestbestimmungen in Geltung sind. Damit ist auch die Voraussetzung gegeben für ein einheitliches Markenzeichen. Daneben wird auch die landschaftliche Herkunftsbezeichnung der Butter beibehalten, so daß nach wie vor der einzelne Verbraucher bestimmten Provinzen oder Ländern den Vorzug geben kann.

Das einheitliche Verbandszeichen für deutsche Markenbutter aber ermöglicht endlich ein geschlossenes Auftreten der gesamten deutschen Markenbuttererzeugung im Sinne einer planvollen Werbung für das deutsche Qualitätserzeugnis schlechthin. Diese Selbsthilfe der Landwirtschaft wird dazu helfen, daß sich die deutsche Butter in ihrem schweren Kampf um Selbstbehauptung immer mehr durchsetzen wird.

Die Minderheitenfrage in der Nachkriegszeit

Die Frage des Schutzes der europäischen Minderheiten gehört zu den großen europäischen Problemen, die der Weltkrieg aufgerollt hat. Auch in früheren Zeitaltern hat dieses Problem wiederholt eine politische Rolle gespielt, man denke nur an die Schutzpolitik der europäischen Mächte in der Türkei und an die Entstehung der neuen Nationalstaaten in Südosteuropa, die in erster Linie auf eine Entfaltung der Nationalitätenbewegung unter den christlichen Völkern des osmanischen Reiches zurückgeht. Aber für die alten Großmächte, welche den europäischen Raum aufgeteilt hatten, gab es ein internationales Minderheitenproblem nicht, und die Schwierigkeiten, mit

denen Nationalitätenstaaten wie Österreich und Ungarn zu kämpfen hatten, wurden grundsätzlich als innere Angelegenheiten behandelt und respektiert. Erst mit der Proklamation des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch den Präsidenten Wilson und mit der Lockerung alter, staatlicher Einheitsbildungen, wie der Donaumonarchie und des zaristischen Reiches, beginnt das Problem der nationalen Zugehörigkeit und kulturellen Selbstbestimmung Gestalt zu gewinnen. Nationale Bestandteile, die plötzlich auf Grund von Friedensdiktaten ihren Souverän wechselten, standen unvermittelt vor der Aufgabe, ihre kulturellen Interessen aus eigener Kraft gegen den Versuch der Entnationalisierung zu schützen. Volksbestandteile, die unter dem Druck eines übermächtigen Wirtsstaates zum Schweigen gebracht worden waren und sich auf dem Wege der Überfremdung befanden, wurden aus ihrer Lethargie aufgerüttelt und besannen sich auf ihre nationale Tradition. 20 000 Kilometer neuer Staatsgrenzen in Europa und die Entstehung von mehr als einem Dutzend neuer Staatswesen schufen zahllose nationalpolitische Reibungsflächen, die dadurch noch verschärft wurden, daß diese jungen Staaten zumeist in ihrer Volkstumspolitik die Methoden und Zielsetzungen des französischen Zentralismus übernahmen. Vor allem im ostmitteleuropäischen Raum, der infolge seiner nationalen Verzahnung ein besonders heikles minderheitenpolitisches Problem darstellt, entstanden zahlreiche Konfliktsherde, welche den ohnehin sehr unsicheren Bau der Friedensverträge bedrohten.

Die Väter des neuen Europa hatten sich gezwungen gesehen, ihren Versprechungen an die Nationalitäten und den von ihnen proklamierten neuen Friedensidealen Rechnung zu tragen. In den Friedensverträgen selbst hatten die Unterlegenen des Weltkrieges, Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei, minderheitenrechtliche Verpflichtungen präziser Art übernehmen müssen. Besondere Minderheitenverträge mußten anläßlich ihrer Entstehung bzw. Vergrößerung Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei, Südslawien und Griechenland eingehen, und es ist von Bedeutung, festzuhalten, daß die Annahme dieser Minderheitenverträge die Voraussetzung für die Existenz bzw. den heutigen Umfang dieser Staaten war. Ein Ergebnis der Initiative des Völkerbundrates vom 15. Dezember 1920 war die Abgabe von Minderheitenerklärungen durch Estland, Lettland, Litauen und Albanien, die ja ihrerseits ihre ganze Existenz den Grundsätzen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker verdankten. Eine wichtige Ergänzung stellten dann die Verträge auf Gegenseitigkeit dar, unter denen die Genfer Konvention zwischen Deutschland und Polen vom 15. Mai 1922 wegen der Tragweite ihrer Anwendbarkeit und der besonders eingebauten schiedsgerichtlichen Sicherungen an erster Stelle zu nennen ist. Die Großmächte glaubten sich nicht solchen internationalen Bindungen unterwerfen zu sollen, sei es aus Prestigegründen, sei es, weil sie nicht die Absicht hatten, von den bisher geübten Methoden der Entnationalisierung abzuweichen. So blieb schon rein völkerrechtlich betrachtet — abgesehen von der Unvollkommenheit der zustande gekommenen Vertragsinstrumente — eine große Lücke bestehen, die in der einen oder anderen Form in Zukunft einmal geschlossen werden muß.

Unter den europäischen Nationen, welche ein besonderes Interesse an der strikten Innehaltung und Erweiterung der Minderheitenverträge haben, steht Deutschland an der Spitze. Infolge der historischen Entwicklung des deutschen Volkes, aber auch auf Grund der Friedensverträge wohnen dreißig Millionen deutscher Volksgenossen heute außerhalb der Grenzen Deutschlands und Österreichs, und angesichts ihrer besonderen kulturellen Lage sind sie in besonders hohem Maße der Gefahr einer Beschneidung oder Vernichtung ihres kulturellen Eigenlebens ausgesetzt. Dr. jur. **Walter Hagemann**

(Aus „Volkstum und Kulturpolitik", eine Sammlung von Aufsätzen. Gewidmet Georg Schreiber zum 50. Geburtstag. Gilde-Verlag, Köln.)

Einwanderungssperre in Argentinien

Von den beiden großen Staaten Südamerikas, von Brasilien und Argentinien, die hauptsächlich den Strom der deutschen Einwanderung aufnahmen, hatte Brasilien schon vor einigen Jahren die Einwanderung wenn auch nicht gänzlich gesperrt, so doch von so vielen schwer zu erfüllenden Bedingungen abhängig gemacht, daß es als Ziel einer deutschen Masseneinwanderung nicht mehr in Frage kam. Mit dem 1. Januar 1933 ist nun auch Argentinien dem Beispiel Brasiliens gefolgt und hat seine Tore für alle Einwanderer, die sich ohne einen festen Arbeitsvertrag oder den Ausweis von genügenden Mitteln niederlassen wollen, gesperrt. Einreiseerleichterungen werden nur für die nächsten Verwandten der bereits in Argentinien angesiedelten früheren Einwanderer zugelassen. Der Hauptgrund für die Einwanderungssperre ist in der schweren Wirtschaftskrise zu sehen, unter der Argentinien nicht weniger wie andere Länder zu leiden hat. In der Zweimillionenhauptstadt Buenos Aires bot sich schon lange keine Arbeitsmöglichkeit für Neuankömmlinge. Im Gegensatz zum früheren Strom der Einwanderer hatten sich im Hafen ganze Scharen von notleidenden Rückwanderern angesammelt, die die Konsulate und Schiffahrtbüros umlagerten und Unterstützungen und freie Heimpassage verlangten. Auch die eigentlichen Kolonisten, die sich der Landbebauung widmen wollten, durften kaum mehr auf ein Fortkommen hoffen. In den zentralen Provinzen Santa Fé, Cordoba, Entre Rios, Pampa Central usw. konnte infolge der niedrigen Mais- und Weizenpreise keine neue rentable Wirtschaft eingerichtet werden, und die alten Ansiedler waren nicht in der Lage, neue Arbeitskräfte zu beschäftigen. Im aussichtsreichen Neuland des argentinischen Chaco mit den wohlhabenden deutschen Kolonien in der Umgebung von Resistencia hatte bisher der Anbau von Baumwolle auch dem Anfänger bei Fleiß und Sparsamkeit einen sehr guten Gewinn abgeworfen. Seit aber die Preise je Tonne Baumwolle von 500 auf ungefähr 170 Pesos gefallen sind, findet der Einwanderer auch dort kein Fortkommen.

Blick in die Bücher

Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen. Gewidmet Georg Schreiber zum 50. Geburtstag. Herausgegeben von H. Konen, Bonn, und J. P. Steffes, Münster in Westfalen. 1932. Gilde-Verlag G. m. b. H., Köln. 620 Seiten. Preis: in Leinen geb. 14 RM.

Die Sitte, einen Universitätslehrer durch eine wissenschaftliche Zusammenstellung aus dem Freundes- und Schülerkreis zu ehren, hat sich immer mehr durchgesetzt. So gab im Jahre 1932 der 50. Geburtstag von Prälat Prof. Dr. Schreiber einer großen Anzahl von Gelehrten Gelegenheit, ihre geistige Verbundenheit mit dem bekannten Politiker kundzutun. Das Sammelwerk, das unter dem Titel: „Volkstum und Kulturpolitik" zustande kam, erscheint — kein Wunder bei den unendlich vielseitigen Interessen und Beziehungen von Prof. Schreiber — auf den ersten Augenblick von fast verwirrender Fülle. Es ist aber doch gelungen, den Reichtum der Themen und Gedanken um eine leitende Idee zu gruppieren, die den Wissenschaftler und Politiker immer aufs neue anzieht und beschäftigt: um den Staat und seine kulturelle Betätigung.

Die erste Folge von Aufsätzen ist in einem Kapitel: „Der Staat" zusammengefaßt. Es finden sich darunter Betrachtungen von höchster Aktualität wie der von Prof. Dr. Friedrich Glum, dem Generaldirektor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, verfaßte Beitrag: „Zum Problem der Staatsautorität". — Das zweite Kapitel ist den „Fragen der Forschung" gewidmet. Führer großer wissenschaftlicher Organisationen und Kunstinstitute sprechen hier über den nationalen und internationalen Wert ihrer Arbeitsgebiete, so der Präsident des archäologischen Instituts des Deutschen Reiches, Prof. Dr. Gerhart Rodenwaldt; der Konservator der öffentlichen Kunstsammlung in Basel, Prof. Dr. Otto Fischer; endlich der Präsident der Görresgesellschaft, Geh. Rat Prof. Dr. Heinrich Finke. — Die dritte Zusammenstellung: „Kulturpolitik" bringt, nachdem in den beiden ersten Kapiteln die Idee des Staates und seiner Verpflichtung für die Wissenschaft umrissen ist, so manchen Bericht aus dem praktischen Leben, wie z. B. die Ausführungen des Direktors des akademischen Austauschdienstes, O. R. R. Dr. Morsbach, über die deutsche Kulturpolitik im Ausland. — Was wäre der Staat, was wäre alle wissenschaftliche Betätigung von Staats wegen ohne die lebendigen Quellen des Volkstums und der Volkskunde? Prof. Schreiber hat viel dazu beigetragen, diese Erkenntnis in das deutsche Bewußtsein einzuhämmern und ihr in der Welt Geltung zu verschaffen. In dem vierten Kapitel: „Volkstum und Volkskunde" weist der Artikel von Dr. jur. Walter Hagemann, von dem diese Zeitschrift mit gütiger Genehmigung des Verfassers einen interessanten Abschnitt abdruckt, auf die für Deutschland so unendlich bedeutungsvolle Minderheitenfrage hin. — Das fünfte Kapitel: „Über die Grenzen" stellt die Verbindung zu den Kulturkreisen außerhalb von Deutschland her. Die Beziehungen von Prof. Schreiber gehen über ganz Europa, wenden sich aber mit besonderer Liebe und Hingebung den Auslanddeutschen zu. Exzellenz Prof. Dr. Jakob Bleyer, Budapest, steuert eine feine kleine Skizze bei; aus der großen Zahl der Mitarbeiter an dieser Abteilung seien noch Prof. Dr. Eduard Winter und Prof. Dr. Eugen Lemberg, beide in Prag, genannt. — Das Sammelwerk schließt mit einer sorgfältig zusammengestellten Bibliographie Georg Schreiber.

Zeittafel der deutschen Reparation 1918—1932. Von Privatdozent Dr. Ernst Meier. Zweite Auflage. Verlag von Palm & Enke, Erlangen. 1932. 164 S. Preis: 3,50 RM.

Der ganze opferreiche Weg des deutschen Volkes von Versailles bis zur Gegenwart rollt sich auf. Die Arbeit beginnt mit der Ansprache des Präsidenten Wilson am 8. Januar 1918 an den amerikanischen Kongreß, sie endet mit der Vereinbarung von Lausanne im Juli 1932 und den darauffolgenden Ereignissen. Der Verfasser begnügt sich aber nicht mit der chronologischen Aneinanderreihung von Daten, die Reparationen und Friedensvertragsfolgen umfassen; alle jene wichtigen politischen und wirtschaftlichen Vor-

gänge in den schicksalhaften Jahren nach dem Kriege werden, knapp zusammengefaßt, aufgeführt, kommentiert und in das national- und weltpolitische Blickfeld gerückt. Eine Statistik der deutschen Reparationsleistungen vervollständigt die Arbeit, die wie keine andere geeignet ist, für den praktischen politischen und publizistischen Gebrauch alles Wissenswerte über den Ablauf der entscheidungsschweren Jahre vom Waffenstillstand bis zur Gegenwart zu vermitteln. Eine Arbeit, die auch dann noch wertvoll und unentbehrlich sein wird, wenn einmal jene unheilvollen Ereignisse endgültig der Vergangenheit angehören werden, die sich um das schicksalsschwere Wort „Reparationen" gruppieren. H.

Der freiwillige Arbeitsdienst in der Großstadt. Grundsätzliches zur Frage: Arbeiten oder Dienen? Von Arbeitsamtsdirektor Hermann Jülich. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1932. 32 Seiten. Preis 1 RM.

Die Schrift beschäftigt sich mit einem Sonderproblem des freiwilligen Arbeitsdienstes und greift darüber hinaus auch auf die Erörterung grundsätzlich wichtiger Fragen über. In anschaulichen und von großer Sachkunde getragenen Ausführungen werden insbesondere Möglichkeiten und Formen des großstädtischen Arbeitsdienstes untersucht. Das Büchlein verdient Beachtung bei den Trägern des Dienstes sowohl wie bei den Trägern der Arbeit; es bietet wertvolle Anregungen.

Dr. Junkerstorff. Der Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, nach der Notverordnung vom 9. März 1932. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1932. 85 S.

Der bekannte Verfasser hat unter obigem Titel einen Spezialkommentar veröffentlicht, der als umfassend und erschöpfend bezeichnet werden kann. An Hand einer ausführlichen rechtsvergleichenden und rechtskritischen Einführung, die u. a. auch in großem Umfange statistisches Material verwertet, kommt der Verfasser zu einer klaren Begriffsformulierung des auch heute noch strittigen Geheimnisbegriffs. Der Gesetzestext selbst wird in einer auch für den Laien verständlichen Weise erläutert und bei der Gruppierung des überaus komplizierten Stoffs eine Form gewählt, die einen klaren Überblick auch der Einzelfragen ermöglicht. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts wird bei der Kommentierung der verschiedenen Bestimmungen wohl zum erstenmal ausführlich berücksichtigt. Der Kommentar beschränkt sich nicht nur darauf, die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu erläutern, er behandelt vielmehr in gleicher Weise auch die Nebengesetze, wie das Lebensmittelgesetz, das Weingesetz, die Reichsversicherungsordnung, die Reichsabgabenordnung, die Gewerbeordnung und das Betriebsrätegesetz.

Adolf Grabowsky: „Politik". Industrieverlag Späth & Linde, Berlin 1932. Geb. 7 M. 342 Seiten.

Mit seinem Buch „Politik" verdichtet Adolf Grabowsky seine Bestrebungen, Politik als selbständige Sonderwissenschaft zu rechtfertigen und methodisch zu unterbauen. Ziel der jungen Disziplin ist: aus gründlich durchgebildeter Theorie zur praktischen Politik vorzustoßen und schließlich die Einigung von politisch Erkennendem und politisch Handelndem zu schaffen, der, individualistisch, dann Kollektivistisches wirke. Grabowsky stellt den Staat als unstarres Lebewesen in den Mittelpunkt aller Politik, die somit die Wissenschaft von seiner ewigen Dynamik darzustellen hat: eines Organismus im Zwischenreich von Natur und Geist, der einer wertenden Geisteswissenschaft unterliegt. Ihre Systematik aufzuzeigen und sodann ins große System der Wissenschaften einzugliedern, ist die Aufgabe des umfassenden theoretischen Teiles.

Hier findet sich der gesamte Vorrat an Problemen erschlossen und durchhellt: das Kräfteverhältnis von Innen- und Außen-, Macht- und Rechtspolitik; Raum, Volkstum und persönliche Führerschaft als gestaltende Faktoren; Staatstypen und Wandlungen des Staatsbegriffes; Weltanschauung- und Interessenparteien; zweierlei Sinn der Weltpolitik; der Staat in seinen Beziehungen zur Wirtschaft. Eine Geschichte der Staatbildung leitet zu einer Geschichte der politischen Systeme und Ideologien, der politischen Denker, und Rathenaus „Wirtschaft unser Schicksal" setzt der unbedingte Antimaterialist Grabowsky in der Erkenntnis von der Vielfalt der geschichtbildenden Mächte und Kräfte, die allesamt in den Staat einmünden, die These: „Politik unser Schicksal" entgegen. Sehr klar erfolgt die Abgrenzung gegen die rein soziologischen Fragestellungen, wo Stände und Klassen, Föderalismus und Zentralismus, Diktatur und Elitebildung untersucht werden, und zwischenhin gibt der Ablauf der Darstellung eine vortreffliche Kennzeichnung der mannigfaltigen Wahlrechtsprobleme im Hinblick auf die Staatswillensbildung. Für Adolf Grabowsky ist „Bildung" schlechthin politische Bildung, Politikwissenschaft das Gestaltungprinzip des Führertums, dessen Voraussetzung Lebensnähe sei.

Neben der erschöpfenden Behandlung der Weltpolitik ist besonders wertvoll der Abriß der deutschen Politik. Adolf Grabowskys Buch bietet, weit über die engere Zielsetzung hinaus, eine kaum anzudeutende Fülle von Anregungen. Die große Kenntnis des Auslandes vermittelt ausgezeichnete Schilderungen des angelsächsischen Wesens, der auch geistigen Umwälzungen in Italien und Rußland, der keimenden Entscheidungen im Fernen Osten. Darstellerische Kunst vermag dabei auch das Schwierigste verständlich, den nüchternsten Gegenstand anziehend zu gestalten.

Franz Graetzer.

Ostpreußen — was es leidet, was es leistet

Der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen hat unter dem Titel „Ostpreußen — was es leidet, was es leistet" eine kleine, sehr instruktive Ausstellung gezeigt, die — fast wider Erwarten — ein guter Erfolg geworden ist. Nicht nur die höchsten Reichs- und Staatsbehörden haben die Ausstellung mit Interesse durchwandert — Reichspräsident von Hindenburg weilte eine Stunde in ihr —, auch die Berliner Bevölkerung ist dem Rufe, die Leiden und Leistungen Ostpreußens kennenzulernen, gern gefolgt. Viele Tausende von Besuchern haben im Laufe einiger Tage bewiesen, daß die Sorgen und die Nöte der Ostmark auch im Herzen der Reichshauptstadt lebendigen Widerhall findet.

Die sehr aufschlußreiche Schau gliederte sich in drei Hauptabteilungen. Ihr Kernstück, aus dem heraus die ganze Ausstellung sich entwickelt hat, sind die wertvollen und übersichtlichen Karten und graphischen Darstellungen. Sie sind von Professor Dr. Scheu im wirtschaftsgeographischen Seminar der Königsberger Handelshochschule hergestellt und bringen die Leiden und Leistungen der Provinz Ostpreußen nach der geschichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Seite eindrucksvoll zur Darstellung. Ganz auf die bestehende und stark steigerungsfähige Leistungskraft der Provinz war die zweite Abteilung eingestellt, die von den berufsständischen Kammern der Provinz Ostpreußen eingerichtet war. Hier führte vor allem die musterhafte Abteilung der Landwirtschaftskammer mit sichtbarem Erfolge vor Augen, was die ostpreußische Landwirtschaft für die Lebensmittelversorgung des Reiches bedeutet, und zu welchen Spitzenleistungen sie sich auf den verschiedensten Gebieten entwickelt hat. In ausgezeichnet ausgewählten Großphotos endlich trat den Besuchern das schöne Ostpreußen, das lockende Reiseland mit seinen einzigartigen Reizen entgegen.



Aus der Ostpreußen-Ausstellung

Ergänzt wurde die Ausstellung durch tägliche Führungen, durch die Vorführung eines Ostpreußenfilms und durch Vorträge prominenter ostpreußischer Persönlichkeiten über die wichtigsten Fragen Ostpreußens. Alle Redner, gleichgültig aus welchem Lager sie kamen, kamen in bezwingender Einmütigkeit zu dem Ergebnis: der Korridor muß verschwinden, wenn Ostpreußen leben soll.

Verständnis und Teilnahme zu erwecken und zu verbreiten für die Sonderlage Ostpreußens, war die Aufgabe der Ausstellung. Sie ist in erfreulichem Grade erfüllt worden. Man ist dem Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen und seinem zielbewußten Vorsitzenden, Oberregierungsrat Hoffmann, der den Plan dieser ausgezeichneten Ausstellung entworfen und ihn in dieser durchgreifenden und schwungvollen Ausführung verwirklicht hat, Dank für diese Leistung schuldig. Uns scheint, daß dieser Dank am besten abgestattet wird, wenn die Berliner Schau als Wanderausstellung durch alle großen Städte des Reiches geführt würde, um im ganzen Reiche das Verständnis für die Lage, die Leiden und die Leistungen dieser östlichen Grenzmark erneut zu beleben.

Helfferichpreis

Was ist vom Geburtenrückgang zu halten?

Neues und Grundsätzliches über seine unerhörte wirtschaftliche und politische Bedeutung. — 170 Seiten, 11 Zeichnungen, RM 4,40 frei.

Verlag Dr. August Lösch
Bonn, Friedrich-Wilhelm-Str. 11

Direkt oder durch jede gute Buchhandlung

Das vornehme Horn-
Harmonium
prämiiert mit nur goldenen Medaillen. 30 % Rabatt. Bitte Katalog direkt verlangen. Gebrauchte billig am Lager.
Max Horn, Werdauer Orgelharmonium-Fabrik, Eisenberg/Thüringen, früher Zwickau/Werdau.

Marke: Thüringer Ritter
Pflaumenmus
zuckergesüßt, 10 Pfd. Eimer M. 3,— ab hier, Nachnahme. Viele tausende Nachbestell.
Otto Ritter, Pflaumenmusfabrik, Schkölen i. Thür, 139.

Das Inhaltsverzeichnis „Heimatdienst", Jahrgang XII
15 Pf.
(gegen Voreinsendung von Briefmarken)
vom Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W 35

Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung
Von Bismarck bis 1918
Von Dr. Hans Goldschmidt
Archivrat im Reichsarchiv
1931. Preis 12,00 RM, in Ganzleinen gebund. 13,00 RM

Einige Urteile über das Werk:

„.... daß der Reichsgründer es gewesen, der mit diesem Problem unausgesetzt gerungen hat, und daß seine Nachfolger es sträflich vernachlässigten, das erfährt man erst jetzt aus einem hochbedeutsamen Werke, das man an Wichtigkeit nur mit den Akten des Auswärtigen Amtes vergleichen kann und das man als die interessanteste Aktenpublikation zur inneren Geschichte des Reiches bezeichnen darf. Der Verfasser kann durch seinen unermüdlichen Spürsinn und dank dem Entgegenkommen der Reichs- und Landesbehörden und zahlreicher ehemaliger Staatsmänner eine umfassende Aktensammlung vorlegen, der er eine sehr eingehende und unentbehrliche Einleitung vorausgeschickt hat...."
Prof. Dr. Schüßler i. d. DAZ. v. 21. 1. 31

„.... Es ist daher dankbar zu begrüßen, daß Dr. Hans Goldschmidt sich die historische Erfassung und wissenschaftliche Durchdringung dieses Problems zur Aufgabe gemacht und in seinem Buch in hervorragender Weise dargestellt hat. Mit diesem Buch ist der Öffentlichkeit ein Quellenwerk von größtem dokumentarischen Wert übergeben worden...."
„Berliner Börsen-Zeitung", 19. April 1931

Carl Heymanns Verlag in Berlin W 8

„Der Heimatdienst"

12. Jahrgang 1932

Sie brauchen jetzt die geschmackvolle
Einbanddecke
in Halbleinen und mit Goldprägung
Preis RM 2,–
zuzüglich 40 Rpf. für Porto und Verpackung bei Voreinsendung des Betrags. Bei Nachnahmezusendung erhöhen sich die Kosten.

Der laufende Jahrgang XIII
wird am besten und zweckmäßigsten in dem eigens für den „Heimatdienst" angefertigten
Stab-Selbstbinder
aufbewahrt und zusammengehalten, der sich als wirklich brauchbarer Sammeleinband bewährt hat
Preis RM 3,60
zuzüglich 40 Rpf. für Porto und Verpackung bei Voreinsendung des Betrags. Bei Nachnahmezusendung Mehrkosten

Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W 35
Potsdamer Str. 41 Postscheckkonto Berlin 78 995

Lichtbildvortrag
zu
Richard Wagners 50. Todestag

Soeben erschienen:
Lf. 2445 **Richard Wagner,**
Leben und Schaffen
Lichtbildvortrag zu 60 Bildern
Bearbeitet von A. Pellegrini

Zu unserem Lichtbild-Archiv über deutsche Musiker (Beethoven, Schubert, Mozart, Bruckner u. a.) fügen wir aus Anlaß des 50. Todestages einen solchen über Richard Wagner. Der Text stammt von dem bekannten Wagnerkenner: A. Pellegrini, Dresden

Der Vortrag kostet leihweise: **RM 7,50**
Kaufpreis: **RM 66,—**
jedes einzelne Bild nach Wahl: **RM 1,40** abzügl. 10 %
Bildband u. Bestellnummer Lf. 2445 **RM 6,00**
Bilderverzeichnis kostenlos

Wir bitten, auch unsere kostenlosen Verzeichnisse:
Neue Lichtbildvorträge für 1933
Neue Bildbandvorträge für 1933
anzufordern

Deutscher Lichtbild-Dienst, G. m. b. H.
Berlin W 35 • Potsdamer Straße 41

Herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 3. Leiter: Minist.-Rat Dr. Strahl.
Schriftleitung und verantwortlich für den redaktionellen Teil: Reg.-Rat Drege, Berlin-Lichtenrade. — Verantwortlich für den Anzeigenteil W. Marschner, Berlin-Lichterfelde — Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Rabatt nach Tarif. — Alleinige Anzeigen-Annahme: Ernst Föks, Anzeigen-Verwaltung, Berlin-Lichterfelde, Hindenburgdamm 57 d. / Fernruf G 3 (Lichterfelde) 1747. — Offsetdruck: W. Büxenstein, Berlin SW 68.